Nr. 156. Halle (Saale), Sonnabend, den 6. Juli 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis:
Monatl. 1.— Mk. frei Haus, bei Postbezug ab Postamt monatlich 1.— Mk., vierteljährl. 3.—Mk. Für Zustellung durch Postboten monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgebühr extra. Für Kriegerfamilien 80 Pfg. Bezugspreis monatlich.
Erscheinungsweise:
Jeden Werktags, nachmitt.
Verlag u. Buchhandlung:
Halle (Saale), Harz 42-44.
Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags.
Fernsprechanschluß Nr. 1047.
Postscheckkonto:
Leipzig Nr. 16108.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis:
Die sechsgespalt. 44 mm breite Kolonelzeile kostet 20 Pfg., für außerhalb des Verbreitungsbezirks 25 Pfg. Anzeig. unter Text: für die 92 mm breite Reklamezeile 75 Pfg.
Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.
Schriftleitung:
Halle (Saale), Harz 42-44.
Fernsprechanschluß Nr 1045.
Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.
Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag bzw. die Nr. 1047.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, den 6. Juli 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Mehrfache Angriffsversuche des Feindes westlich von Langemarck scheiterten. In dem Kampfabschnitt südlich der Somme blieb die Artillerietätigkeit tagsüber gesteigert. Am Abend lebte sie auch an der übrigen Heeresgruppen-Front auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Zwischen Aisne und Marne und südwestlich von Reims zeitweilig erhöhte Gefechtstätigkeit. Starke Vorstöße des Feindes gegen den Clignon-Wald wurden abgewiesen. Erkundungsgefechte in der Champagne.

Leutnant Bolle errang seinen 20. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister: **Ludendorff.**

•

(Amtlich.) Nach dem Scheitern der französischen Versuche, die Paris bedrohende deutsche Front zwischen Oise und Marne zurückzudrängen, setzten am 4. Juli starke englische Angriffe beiderseits der Somme ein. Jene Strecke der deutschen Front, die Amiens am nächsten ist, und die eine fortgesetzte Bedrohung der Verbindung zwischen den Kanalhäfen und Paris bildet, sollte durch einen unerwarteten, in großen Massen angelegten Angriff zurückgedrängt werden. Nach schwerstem Feuer ging die englische Infanterie auf dem ebenen deckungslosen Gelände beiderseits der Somme vor. Ihre Angriffswellen, denen es unter schweren Opfern gelang, das deutsche Sperrfeuer zu passieren, wurden immer wieder von den Garben der tiefgestaffelt aufgestellten Maschinengewehre gefaßt. So waren alle englischen Anstrengungen und Opfer auf dem Nordufer der Somme umsonst. Auf dem Südufer blieben der ganze Gewinn des mit so großen Hoffnungen angesetzten Angriffs die Häuserruinen und zerschossenen Baumreste von Dorf und Wald Hamel. Die immer und immer wieder bewährte Taktik des deutschen Gegenstoßes warf die Engländer wieder von den Höhen östlich Hamel herunter und drängte sie weiter südlich in ihre Ausgangsstellungen östlich von Villers-Bretonneux zurück.

Noch immer Kämpfe an Piave und Brenta.

Wien, 5. Juli. Amtlich wird verlautbart: Die Kämpfe auf der Piave-Mündungs-Insel haben auch gestern keine Unterbrechung erfahren. Die beiderseits eingesetzten Kräfte halten einander die Wage. Starke italienische Angriffe gegen unseren Südflügel wurden durch Gegenstöße wettgemacht. Bei Chiesa Nuova warf das altbewährte schlesische Infanterie-Regiment Nr. 1 durch rasches Zugreifen den in unsere Stellungen eingedrungenen Italiener wieder hinaus. Zwischen der Piave und der Brenta setzt der Feind seine Versuche, die von uns am 16. Juni gewonnene Stellung zurückzuerobern, mit Zähigkeit fort. Sein Hauptstoß richtete sich gestern gegen den Raum des Monte Solarolo. Der bis in unsere Gräben vorgetragene Angriff führte zu erbitterten Nahkämpfen, in denen ein Großteil des Feindes niedergemacht, der Rest zurückgetrieben wurde. Batterien der Grazer, Linzer und der Krakauer 55. Feld-Artillerie-Brigade vortrefflich unterstützt, haben sich, seit drei Wochen ununterbrochen im Kampfe stehend, wieder die Schlesier des Bataillons II 120 und die Bosniaken des vierten Regiments besonders ausgezeichnet. Die Verluste des Gegners sind außerordentlich groß.

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden und an der Tiroler Front lebhafte Artillerie-Tätigkeit. Der Chef des Generalstabes.

Das Friedensmanifest der französischen Gewerkschaften.

Genf, 1. Juli. Das Zentralorgan der französischen Gewerkschaften La Bataille veröffentlich ein Schreiben des Allgemeinen Arbeitsverbandes an die Volksvertretung. Dieses Schreiben, das als eine der bedeutendsten Kundgebung der Arbeiterklasse Frankreichs zugunsten des Friedens angesehen werden kann, lautet nach der Wiener Arbeiterzeitung:

Angesichts der dem Lande bereiteten Lage hält es der Allgemeine Arbeitsverband für seine Pflicht, zu sprechen. Seit vier Jahren lebt die Arbeiterklasse mit der Nation in Unkenntnis der militärischen und der diplomatischen Ereignisse, mit welchen der Bestand des Landes selbst verknüpft ist. Bald schwarzmalend, bald schönfärbend hat die Presse, lügnerisch oder durch die Handhabung der Zensur lückenhaft, eine Fälschung des Urteils der Massen herbeigeführt. In dieser Atmosphäre lückenhafter oder falscher Berichterstattung hat die höchstberechtigte Besorgnis die Herzen der Arbeiter bedrückt. Unter diesen Verhältnissen mußten die widerspruchsvollsten Gerüchte im Gemüt des Volkes Glauben finden und ungestüme Bewegungen entfesseln. Wiederholt hat der Allgemeine Arbeitsverband, der die Gefahr einer solchen Lage fühlte, von der Regierung verlangt, daß sie öffentlich ihre Kriegsziele und die allgemeinen Bedingungen bekanntgebe, unter denen der Friede unterzeichnet werden könnte. Auf diese Forderungen, die sich auf die genaue Kenntnis des Gemütszustandes des Volkes und die gerechte Sorge gründen, den vorausgefühlten Schwierigkeiten zu begegnen, die leider die Ereignisse tatsächlich eintreten ließen, hat man nur mit verächtlichem Schweigen oder mit zu allgemeinen Erklärungen geantwortet. „Unser Ziel ist ein gerechter und dauerhafter Friede!“ ist eine Formel, die einer Erklärung und näheren Umschreibung bedarf. Diese näheren Erläuterungen wurden uns bisher verweigert, während wir gleichzeitig erfuhren, daß man gewisse annektionistische Kampagnen führte, daß man sich zu gewissen individuellen Verhandlungen hergab und daß man, ohne sich in eine Besprechung einzulassen, Friedensbedingungen ablehnte, die dem Volke und selbst dem Parlament unbekannt blieben. Um den üblen Rückwirkungen dieses unzulässigen Vorgehens vorzubeugen, hat der Allgemeine Arbeitsverband das Recht in Anspruch genommen, sein Werk der Arbeiterdiplomatie durch Teilnahme an den internationalen Konferenzen zu vollbringen. Doch wurde uns dieses Recht, das anderen Teilen der Nation gewährt wurde, versagt. Indessen überstürzten sich die Ereignisse und die Lage verschlechterte sich. **Wir verlangen, daß der Vertrag allen Völkern, den kriegführenden oder neutralen, gewähren soll: Unabhängigkeit und Sicherheit durch Beseitigung jedes Militarismus und jedes Imperialismus sowie durch die Bildung der Gesellschaft der Nationen.** Wir haben die unbedingte Sicherheit, daß eine diplomatische Aktion, die sich in dieser Richtung im Einvernehmen mit den innersten Gedanken der Völker der Entente betätigte, gewisse Schicksalsschläge verhütet hätte. In Verbindung mit der internationalen Aktion der Arbeiterklassen der Länder der Entente hätte diese öffentliche Diplomatie sympathischen Widerhall bei den Völkern der Mittelmächte geweckt und das Kommen der Stunde des Völkerfriedens beschleunigt. Wenn dieses Ziel nicht erreicht worden wäre, so hätte man wenigstens die internationale Lage geklärt und die Verantwortlichkeiten für die Fortdauer des Krieges festgestellt. Die schweren Fehler, die wir soeben besprochen haben, verschlimmern sich noch durch die militärischen Fehler, die, ohne daß sie näher bestimmt worden wären, nichtsdestoweniger ihren Widerhall im Volke gefunden haben. Daher stammen die Ursachen der Unzufriedenheit, die noch verschärft werden durch das Unverständnis eines Unternehmertums, das noch immer an seinem Grundsatz der Autorität starr festhält. Diese Lage der Ungewißheit des Morgen, diese Unkenntnis der Rolle, welche die Arbeiterorganisationen in nationaler und internationaler Beziehung spielen sollen, können nicht fortdauern. Indem der Allgemeine Arbeitsverband im Namen der Arbeiterklasse spricht, verlangt er, daß die Regierung unseres Landes die Worte der Wahrheit hören lasse, welche den von der Entente vertretenen Grundsatz des Rechtes rechtfertigen und den Ländern Beruhigung verschaffen werden. Die Regierung und die beiden Kammern müssen sich über die allgemeinen Grundsätze der Entschließungen von Clermont-Ferrand und London aussprechen. **Der Arbeitsverband verlangt ebenso im Namen der Millionen Arbeiter an der Front und im Hinterland, daß Friedensvorschläge, woher sie auch immer kommen, nicht ohne Erörterungen verworfen werden und daß die Regierung alle Gelegenheiten ergreife, um die Sprache der Vernunft und des gesunden Menschenverstands hören zu lassen.** Die Arbeiterklasse will nicht, daß die Stunde des Friedens, wenn sie kommt, nicht erkannt werde. Der allgemeine Arbeitsverband betont sein Recht, in voller Freiheit an der internationalen Aktion der Arbeiter teilzunehmen. Der Allgemeine Arbeitsverband erklärt, daß nur eine Politik des Vertrauens, die jeden Hintergedanken der Unterdrückung verwirft, geeignet ist, neue Wirren zu verhüten, die wir befürchten und deren ernste Folgen vielleicht nicht wieder gutzumachen wären. Die Stunde ist gekommen, in der man der arbeitenden Klasse vorbehaltlos das Recht anerkennen muß, über die Angelegenheiten der Nation mitzureden durch die berechtigte Stimme ihrer gewerkschaftlichen Organisation, die allein die Eignung besitzt, ihre moralischen und materiellen Interessen und damit jene der gesamten Nation zu verteidigen.

In diesen besonders ernsten Stunden **verlangen wir somit genaue Kenntnis der Kriegsziele und der allgemeinen Friedensbedingungen,** verlangen wir, daß die gesamte Nation ihre wachsame Kontrolle über den Gang der Ereignisse ausübe, damit keine Möglichkeit eines gerechten und dauerhaften Friedens außer acht gelassen werde, und daß die Unterdrückungspolitik aus unserem sittlichen Leben verschwinde. Der Allgemeine Arbeitsverband erklärt, daß nur unter diesen Bedingungen und bei einem derartigen Walten wahrer Freiheit und gegenseitigen Vertrauens das Land vor den schlimmsten Katastrophen werde bewahrt werden können und die Stunde des Völkerfriedens auf den vom Präsidenten Wilson bestimmten Grundlagen, deren Grundsätze in unseren Entschließungen von Clermont-Ferrand und London enthalten sind, nähergerückt sein werde.

Die Haltung der Eisenbahner. Bern, 4. Juli. Der Kongreß der Eisenbahner Frankreichs hat am 20. Juni mit 106 710 Stimmen die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Clermont-Ferrand und die Haltung der Confederation Generale du Travail gebilligt. Eine Entschließung, welche u. a. die heilige Einigkeit für eine Falle der reaktionären Parteien Frankreichs erklärt, die die Arbeiterschaft mundtot machen solle, und die Stellung der Regierung gegenüber der Arbeiterschaft und der Internationale, besonders die Verweigerung der Pässe für Stockholm scharf angreift und die Haltung der Confederation Generale du Travail ausdrücklich tadelt, erhielt 49 468 Stimmen.

Ueberall Friedenssehnsucht. Die Züricher Morgenzeitung meldet: Stürmische Szenen spielten sich nach Privatmeldungen aus Korfu in den Sitzungen des derzeit dort tagenden serbischen Parlaments ab. Die Regierung befindet sich in einer fatalen Lage, da gerade von den regierungstreuen Abgeordneten eine große Anzahl nicht erschienen ist. Die vollständig pazifistische Opposition befindet sich völlig in der Mehrheit. Fast alle zu Worte kommenden Redner verlangen die sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen und halten der Regierung das Beispiel Rumäniens vor, das trotz seiner Niederlage noch infolge rechtzeitiger Verhandlungen einen verhältnismäßig guten Frieden erzielt habe.

Die Versenkungen. Berlin, 5. Juli. (Amtlich.) Eines unserer im Mittelmeer operierenden U-Boote unter Führung des Oberleutnants zur See Ehrensberger versenkte aus stark gesicherten Geleitzügen vier wertvolle Dampfer von rund 15 000 Bruttoregistertonnen. Ein fünfter Dampfer von etwa 5000 Tonnen wurde durch Torpedoschuß schwer beschädigt, vermochte aber wahrscheinlich einen nahen Hafen zu erreichen. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Pariser Kriegsopfer. Bern, 6. Juli. Laut Progrès de Lyon ist die Zahl der seit dem 1. Januar 1915 bis 1. Juli 1918 durch Fliegerangriffe oder Fernbeschießung in Paris getöteten Personen 141, der Verwundeten 432.

Amerikaner in Italien. Bern, 5. Juli. Stark zensurierte Berichte eines Genueser Blattes ist zu entnehmen, daß in Genua amerikanische Truppenabteilungen ausgeschifft wurden.

Deutscher Reichstag.

184. Sitzung. Freitag, den 5. Juli, nachmittags 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Kriegsminister v. Stein.

Anfragen.

Abg. Schwabach (Natl.) weist darauf hin, daß der Verkehr von deutschen Zivilpersonen nach Kurland und Litauen nicht nur von dem Besitz eines Passes, sondern auch von einer militärischen Einreise-Erlaubnis abhängig gemacht wird, deren Erledigung mehrere Wochen in Anspruch nimmt. Er fragt, ob auf diese Einreise-Erlaubnis jetzt nicht verzichtet werden könne.

General v. Wriesberg erklärt, daß aus militärischen Gründen vorläufig darauf noch nicht verzichtet werden könne.

Abg. Marquart (Natl.) fordert Unterstützung stellenloser Angestellten aus der Tabakfabrikation.

Geheimrat Würmeling verweist auf die Kriegswohlfahrtspflege der Gemeinden.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.) weist auf die Verwilderung der Jugend hin und fordert Entlassung aller garnisonverwendungsfähigen und arbeitsverwendungsfähigen Lehrer für Hoch-, Mittel- und vor allem Volksschulen, sowie der älteren Jahrgänge der kriegsverwendungsfähigen Lehrer.

Oberst v. Braun erwidert, daß das Kriegsministerium sich ebenfalls mit der Jugendfrage beschäftigt habe. Schon im Jahre 1916 wurde eine Verfügung erlassen, wonach garnison- und arbeitsverwendungsfähige Lehrer, soweit tunlich, zu entlassen sind. Dienstlich unentbehrliche Leute müssen bei der Truppe gehalten werden, auch wenn sie nicht kriegsverwendungsfähig sind.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.): Wenn die Lehrer nur entlassen werden können, wenn sie als militärisch entbehrlich erachtet werden, so sind sie der Willkür der Vorgesetzten überliefert. Ist es richtig, daß die Entlassung von g. v. und a. v. Leuten nur erfolgte, wenn k. v. Leute aus der Heimat dafür eingetauscht wurden? Tatsächlich war also die Sache damit illusorisch gemacht.

Oberst v. Braun: G. v. und a. v. Lehrer werden entlassen, wenn nicht besonders militärische Gründe dagegen sprechen, die in jedem einzelnen Fall untersucht werden. Von dem erwähnten Austausch ist Abstand genommen worden.

Abg. Stücklen (Soz.) weist darauf hin, daß der stellvertretende kommandierende General des zweiten Armeekorps v. Vietinghoff das Halten des Vorwärts für sämtliche Lazarette seines Befehlsbereichs verboten hat.

General v. Wriesberg: Der General v. Vietinghoff hat in seiner Eigenschaft als Truppenbefehlshaber den Vorwärts für Lazarette und Kasernen verboten. Das Recht, ein solches Verbot zu erlassen, kann ihm nicht bestritten werden. Das ist auch in einem Schreiben des Kriegsministeriums an den Vorwärts ausdrücklich zum Ausdruck gebracht worden. Das Kriegsministerium ist nicht in der Lage, eine Aufhebung des Verbots zu verfügen. Auch der Militäroberbefehlshaber ist nicht zuständig, da es sich nicht um eine Anordnung auf Grund des Belagerungszustandes handelt. Das Kriegsministerium hat sich an den stellvertretenden kommandierenden General mit dem Ersuchen gewendet, seinen Standpunkt darzulegen.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.) fragt an, was geschehen soll, um die deutschen Ingenieure, Chemiker und Techniker im Heere besser als bisher zu verwenden und ihnen eine ihrer Bildung entsprechende Stellung in der Armee zu sichern.

General v. Wriesberg erklärt, daß besonderer Wert darauf gelegt werde, die technischen Fähigkeiten völlig auszunutzen.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.): Ist dem Reichskanzler bekannt, daß hervorragende technische Beamte, Oberingenieure, die große technische Betriebe leiten, in einzelnen Fällen mit den gemeinsten Arbeiten (Klosettreinigen, Spucknäpfe säubern, Kartoffelschälen usw.) in den ütigender Weise beschäftigt werden, und was gedenkt er zu tun, um die in gleicher Weise verletzte „Oekonomie der Kräfte“ gegenüber den geistigen Arbeitern besser als bisher durchzusetzen?

General Wriesberg: Wenn dem Kriegsminister solche Fälle bekannt werden, wird er eingreifen.

Abg. Trimborn (Zentr.) weist darauf hin, daß nach einer Behauptung der feindlichen Presse Paris am Fronleichnamstage beschossen worden sei.

General v. Wriesberg: Paris ist auf Befehl der Obersten Heeresleitung am Fronleichnamstag, am 2. Juni, nicht beschossen worden. Die Franzosen feiern das Fronleichnamsfest nicht an demselben Festtage, sondern an dem darauffolgenden Sonntag. Auf diese Tatsache hatte Kardinal Hartmann die Oberste Heeresleitung rechtzeitig aufmerksam gemacht.

Eine Anfrage Dr. Arendts (D. F.) über das Verbot der Mietsteigerungen, das von einzelnen Generalkommandos erlassen worden ist, wird zurückgestellt, da die Erwägungen noch nicht abgeschlossen sind.

Abg. Giebel (Soz.) weist darauf hin, daß die Kriegsamtstelle Leipzig den Arbeitgebern eine Verfügung zugestellt hat, mit der ihnen die Einziehung von Arbeitskräften angekündigt wird, sofern den vom Heeresdienst zurückgestellten Angestellten mehr als 7 Tage Urlaub und den Arbeitern mehr als einige Tage Erholungsurlaub gewährt wird.

Kgl. Sächs. Militärbevollmächtigter Oberst Schulz: Der fragliche Erlaß der Kriegsamtstelle Leipzig ist bereits am 17. Juni 1918 außer Kraft gesetzt worden.

Die Strafverfolgung des Abg. v. Bonin.

Der Erste Staatsanwalt in Köslin fordert die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. v. Bonin (Kons.) wegen Steuerhinterziehung.

Abg. Stupp (Zentr.) berichtet über die Verhandlungen des Geschäftsordnungsausschusses. Gegen den Abg. v. Bonin ist Anklage wegen Steuerhinterziehung erhoben worden. Der Ausschuß schlägt aus grundsätzlichen Erwägungen vor, die Genehmigung zur Strafverfolgung nicht zu erteilen.

Abg. v. Bonin (Kons.) bittet, die Genehmigung zu erteilen. Es muß festgestellt werden, ob an der Beschuldigung etwas ist

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180706-17/fragment/page=0001

oder nicht. Versagt der Reichstag die Genehmigung, so muß ich mein Mandat niederlegen.

Abg. Gröber (Zentr.): Der Ausschuß hat auch jederzeit Ausnahmen zugelassen. Ich bin dafür, daß in diesem Fall eine Ausnahme gemacht wird.

Abg. Landsberg (Soz.): In solchen Fällen muß als Grundsatz gelten: Die Immunität ist ein Recht des Reichstags.

Abg. Dr. Junck (Natl.): Auch wir sind dieser Meinung. Es darf in der Immunitätsfrage keine Unsicherheit geschaffen werden.

Abg. Liesching (Vp.): In außergewöhnlichen Fällen, wo die Tagung Jahrelang dauert, kann auch einmal einem Wunsche nachgegeben werden, ohne daß ein Präjudiz geschaffen wird.

Abg. v. Brockhausen (Konf.): Auch das Abgeordnetenhaus hat die Strafverfolgung zugelassen. Ueber die Sommerferien kann das Verfahren erledigt sein.

Abg. Dr. Arendt (D. F.) schließt sich dem an.

Abg. Haase (U. Soz.) ist für den Ausschußantrag.

Für den Ausschußantrag stimmen die Sozialdemokraten, ein Teil der Fortschrittler und Nationalliberalen, sowie vereinzelte Abgeordnete anderer Parteien.

Präsident Fehrenbach erklärt das auf Grund der Einmütigkeit des Bureaus für die Mehrheit, läßt aber auf den Einspruch der Rechten die Gegenprobe vornehmen und ordnet dann den Hammelsprung an.

Der Kommissionsantrag wird mit 121 gegen 118 Stimmen angenommen, die Genehmigung der Strafverfolgung ist also nicht erfolgt.

Nunmehr findet die gestern abend wegen zu schwacher Besetzung des Hauses zurückgestimmte Abstimmung über einen Antrag Dr. Arendt (D. Frakt.) statt, der verlangt, daß zunächst die Sparmetalle in öffentlichen Gebäuden beschlagnahmt werden sollen, bevor man an die Hauswirtschaften herangeht.

Auch hier macht sich Hammelsprung notwendig. Der Antrag wird mit 151 gegen 85 Stimmen angenommen.

Darauf wird die dritte Lesung des Etats fortgesetzt beim

Militäretat

in Verbindung mit der zweiten Lesung des Gesetzes, Heranziehung von Heeresunfähigen zum militärischen Arbeitsdienst und des Gesetzes betreffend Milderungen im Militärstrafgesetzbuch.

Abg. Dr. Wirth (Ztr.) fordert, daß für genügende Ernährung und Erholung der jüngsten eingezogenen Jahrgänge in den Garnisonen gesorgt wird.

Abg. Stücklen (Soz.): Dem Gesetz über die Milderung der Strafen stimmen wir zu. Weitere Milderungen werden hoffentlich folgen. Dem Gesetz über die Heeresunfähigen dagegen können wir nicht zustimmen. Wir sind damit einverstanden, wenn diese Leute, die einmal eine Zuchthausstrafe sich zugezogen haben, für die Verteidigung des Landes herangezogen werden. Das kann geschehen durch Aenderung der Wehrordnung, indem die Heeresverwaltung das Recht erhält, diese Leute zum Dienst einzuziehen wie jeden anderen.

Nun zum Militäretat. Die Wünsche, die uns aus den Kreisen der Soldaten zugehen, sind äußerst zahlreich. Die Stimmung ist durchaus nicht so begeistert wie die Heeresverwaltung es hinstellt. Ueber unsere Anträge, die der Niederschlag der Wünsche der Heeresangehörigen sind, sind die Vertreter der Militärverwaltung in der zweiten Lesung stillschweigend hinweggegangen. Wir sind zwar Zeuge gewesen einer Entrüstungsoffensive des Kriegsministers gegen den Ton des Abg. Müller-Meiningen, die aber dann zu einem Verständigungsfrieden zwischen den beiden Herren geführt hat. Jedenfalls liegt zu dem gereizten Wesen, daß der Kriegsminister hier zur Schau trägt, wenn ihm etwas nicht paßt, kein Anlaß vor, denn wenn wir hier Beschwerden vorbringen, so tun wir das, um Besserung herbeizuführen. An den Kriegsminister können die Soldaten sich nicht wenden, deshalb wenden sie sich an uns. Ich sandte dem Kriegsministerium ein Päckchen Tabak, das Häcksel statt Tabak enthielt; es stammte von der Firma Hermann zu Jakobsmühle in Köln-Mühlheim. Die Firma bestritt, daß in ihren Paketen Häcksel gewesen sei, was aber ganz zweifellos der Fall sei, und das Kriegsministerium antwortete mir, es könne weiteres nicht veranlassen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Millionen werden für diesen sogenannten Tabak verschwendet, der gar nicht geraucht werden kann. Man sollte diese Millionen nicht den Tabakfabrikanten, sondern den Soldaten selbst geben, sie werden sich dann schon Rauchbares verschaffen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) — Es ist ganz unwürdig, daß die Soldaten unter einer Briefzensur stehen wie Gefangene. Politik wird heute in starkem Maße in die Armee getragen, dann müßte es auch den Sozialdemokraten freistehen, den Soldaten Vorträge zu halten. Bei manchen Armeeteilen hat man abstimmen lassen, ob die Soldaten für oder gegen einen Verständigungsfrieden sind. Ein Offizier erließ allerdings einfach den Kompagniebefehl, der den Standpunkt der Kompagnie festlegen sollte. Vor Hamburger Landsturmleuten erlaubte sich ein Offizier das Andenken Bebels zu schmähen als eines Mannes, der, ohne je gearbeitet zu haben, eine Million Vermögen aus Arbeitergroschen erworben hat. Das Andenken Bebels steht in Arbeiterkreisen viel zu hoch, als daß es durch die Dreckschleuder eines solchen Offiziers beschmutzt werden könnte. (Zustimmung b. d. Soz.) Wer bezahlt die Agitation für die Vaterlandspartei, die unter dem Namen Aufklärungsdienst geht. Ich habe hier eine Empfangsbescheinigung, wonach derartige vom Major bestellte Broschüren aus dem Kantinenfonds, aus den Spargroschen der Soldaten bezahlt werden. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Die Lektüre der Soldaten wird überwacht, in schlimmster Weise wird Gesinnungsschnüffelei getrieben. General Vietinghoff in Stettin verbietet in den Lazaretten, die ihm unterstehen, den Vorwärts, und das Kriegsministerium erklärt, dazu hat er das Recht. Die Bevormundung der Soldaten bezüglich ihrer Lektüre paßt für Schulbuben, nicht aber für reife Männer. Die politische Schnüffelei hat die unangenehmsten Formen angenommen. Geldzeichnungen für einen Verständigungsfrieden sind den Soldaten verboten, sie sind sogar dafür eingesperrt worden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Bezirkskommandos haben von den Industriefirmen Listen der politisch verdächtigen Leute eingefordert, wobei auch die Leute angegeben wurden, die an Lohnbewegungen teilgenommen haben. Bei Eintritt einer Lohnbewegung werden sofort Gestellungsbefehle verschickt, und dann bestreitet man noch, daß Einziehungen aus politischen Gründen, wegen Teilnahme an Lohnbewegungen stattfinden. Im Juni ist ein Erlaß ergangen, der pazifistische Bestrebungen auf eine Stufe mit Landesverrat stellt. Die Soldaten sind empört über die Mehrheit des preußischen Landtages, die das Wahlrecht verweigert. Das hat eine ungeheure Erbitterung bei den Feldgrauen ausgelöst. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) — Man spricht immer von der Sparsamkeit. Ein Beispiel aus der Praxis. Im Generalstabsgebäude braucht man die Wohnung des Chefs zu Bureauzwecken, ihm steht ein Wohnungsgeld von 15 000 Mk. zu. Aber das genügt nicht. Man will eine Villa am Kurfürstendamm zunächst für 25 000 Mk. mieten und sie für den Herrn noch umbauen mit einem Kostenaufwand von 40 000 bis 50 000 Mk. Nach Ablauf des Mietvertrages wird man dann sagen: Nachdem wir soviel hineingebaut haben, müssen wir die Villa kaufen. Hoffentlich wird der Reichstag diese Sache verhindern. Erholungsurlaub bekommen jetzt nur Schwerverwundete und wir können nichts daran ändern. — Wir begrüßen es, daß der Jahrgang 1869 entlassen ist. Aber man sollte auch mit der Entlassung des Jahrganges 1870 beginnen. Ferner sollte überhaupt jeder, der das 48. Lebensjahr erreicht hat, entlassen werden. Das würde eine große Freudigkeit auslösen. — Die in der Ukraine stehenden Soldaten klagen darüber, daß sie Bütteldienste verrichten müssen; sie müssen die Bauern, die ihre Waffen nicht abliefern wollen, prügeln. Die ukrainische Regierung soll sich für solche Dienste andere Leute aussuchen als deutsche Soldaten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Militärverwaltung soll die Wünsche des Reichstages beachten, dann wird sie den Soldaten helfen. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vpt.): In der Kommission haben wir eine Fülle von sachlichen Beschwerden vorgebracht, und zwar geschah das von allen Parteien. Antwort wurde fast gar nicht erteilt. Es zeigt das eine Verkennung des ganzen Stimmungsmomentes. Die Art, wie die Wünsche der Feldgrauen, die wir hier vertreten, von der Militärbehörde behandelt werden, wirkt geradezu deprimierend. — Klarheit müssen wir darüber haben, ob der deutsche Soldat das Recht hat, sich mit einem Volksvertreter in Verbindung zu setzen oder nicht. Es muß klipp und klare Antwort darauf gegeben werden. (Zuruf b. d. Soz.: Da können Sie lange warten!)

Abg. Held (Natl.) wünscht, daß ein Unterschied geschaffen wird zwischen Auszeichnungen, die für Verdienste an der Front gewährt werden und solchen, die in der Etappe oder Heimat verliehen werden.

Abg. v. Gräfe (Konf.) protestiert gegen die Angriffe auf den kommandierenden General von Vietinghoff.

Abg. Behrens (D. Frakt.) bringt eine Reihe Einzelwünsche vor. Die Börsenleute, die jetzt für den Reichstag und Reichsleitung streiken, sollten eingezogen werden.

Kriegsminister von Stein: Die in Rußland gefangen gewesenen Soldaten können selbstverständlich wieder an der Front verwendet werden. Die Behauptungen, sie hätten einen Schein unterschreiben müssen, nicht wieder an der Front zu dienen, sind Ententemache. — Die Sorgen für die Zukunft können mich jetzt nicht berühren, ich werde von der Gegenwartsarbeit voll in Anspruch genommen. Die Tätigkeit für unser Volk, diesen Krieg zu Ende zu führen, nimmt uns derart in Anspruch, daß wir für anderes jetzt keine Zeit haben. (Bravo!)

Abg. Korfanty (Pole): Auf den oberschlesischen Gruben haben in den letzten Tagen Streiks stattgefunden, wozu die Arbeiter durch Hunger, Mangel an Kleidung und Ueberanstrengung gezwungen wurden. Darauf wurden die Betriebe militarisiert, und man suchte die Arbeiter durch krasseste Maßregeln zur Arbeit zu zwingen. Diese aber erklären, lieber verhungern zu wollen, ehe sie die ihnen aufgezwungenen Bedingungen annehmen. — In der zweiten Lesung wurde schon das Los der 700 000 polnischen Arbeiter hier vorgebracht, die man aus Polen herausgelockt hat teilweise durch Vorspiegelung falscher Tatsachen und Betrug gewissenloser Agenten. General Scheuch erklärte damals, daß in dieser Frage lediglich das deutsche Interesse maßgebend sei. Wir kennen kein deutsches Interesse, das die Gebote der Moral, der Menschenrechte und des Christentums verletzen dürfte. (Sehr wahr! b. d. Polen.) General Scheuch stellte in einer Unterredung, die der Abg. von Trampczynski mit ihm darüber hatte, diese Frage als Machtfrage hin. Diese 700 000 Arbeiter sind auch eine Macht. Zwingen Sie uns nicht, die schärfste Konsequenz daraus zu ziehen. Diese Arbeiter werden ausgesogen und ausgeplündert. (Unruhe.)

Präsident Fehrenbach: Ausgesogen und ausgeplündert wird von Amts wegen in Deutschland niemand. (Stürmischer Widerspruch links. Abg. Ledebour wird wegen eines Zurufs vom Präsidenten zur Ordnung gerufen. — Erneuter Zuruf des Abg. Ledebour.) Ich rufe Sie zum zweitenmal zur Ordnung. Ich verbitte mir jede Kritik, Sie haben das Recht von § 46 der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen. (Große Unruhe b. d. U. Soz.)

Abg. Korfanty (fortfahrend): Ich wollte sagen: die polnischen Arbeiter werden ausgesogen und ausgeplündert durch gewissenlose Arbeitgeber. (Heiterkeit.) Der Redner geht weiter auf die Verhältnisse in den besetzten polnischen Gebieten und in Litauen ein. Das Vorgehen der Militärbehörden in jenen Gebieten erinnert an das frühere Vorgehen der russischen Schäden. Auf Grund all dieser Vorgänge und der Behandlung, die man uns in Preußen zuteil werden läßt, werden wir diesmal zum erstenmal in unserer parlamentarischen Geschichte nicht für den Gesamtetat stimmen, sondern uns der Stimme enthalten. (Bravo! b. d. Polen.)

Chef des Kriegsamts General Scheuch: Mit den streikenden Grubenarbeitern Oberschlesiens finden zurzeit Besprechungen hier im Kriegsamt statt. Ich hoffe, daß dabei vielmehr herauskommt, als wenn ich mich hier mit dem Herrn Vorredner weiter über diese Dinge unterhalte. Was die Behandlung der polnischen Arbeiter in Deutschland anlangt, so habe ich nur gesagt, daß neben all dem, was uns Billigkeit und Gerechtigkeit gebietet, derartige Angelegenheiten vom deutschen Standpunkt entschieden werden, und dabei bleibe ich. (Bravo! rechts.) Gegenüber dem Abgeordneten Stücklein bemerke ich, daß wir die Streikvermerke in den Bezirkskommandolisten unbedingt brauchen. Es ist aber angeordnet, daß sie in die Bücher, die an die Front gehen, nicht mit aufgenommen werden dürfen.

General v. Wrisberg: Der Abg. Cohn hat letzthin über einen Major Contzen behauptet, er habe allerlei Umtriebe in Ungarn sich zuschulden kommen lassen und auf Beschwerde beim deutschen Generalkonsul sei erwidert worden, ein Major dieses Namens existiere in der deutschen Armee nicht. Inzwischen haben wir festgestellt, daß der betreffende Contzen Landsturmmann und Vertrauensmann der dortigen Arbeiter ist.

Abg. Hüttmann (U. Soz.): Dem Gesetzentwurf über Milderungen des Militärstrafgesetzes stimmen wir zu; das Gesetz dagegen, das Militäruntaugliche zu allerhand militärischen Dienstleistungen heranziehen will, lehnen wir ganz entschieden ab. Des weiteren bringt der Redner Beschwerden über Mißstände beim Heere vor, besonders über die Verpflegung und bei der Urlaubserteilung.

Abg. Erzberger (Zentr.) fragt, ob die Zentral-Preisprüfungsstelle bereits errichtet ist, und beklagt sich über die zwangsweise Abführung eines erzbischöflichen Administrators in Wilna.

General Scheuch: Die Preisprüfungsstelle ist bereits errichtet und hat auch bereits eine Sitzung abgehalten.

Abg. Dr. Davidsohn (Soz.): Die Frage der Heeresunfähigen hätte man längst im Laufe des Krieges großzügiger lösen sollen, durch Amnestierung der Leute, die sich früher solche Strafen zugezogen haben. Draußen hat man Kreuze errichtet mit der Inschrift: „Hier starb den Heldentod der Soldat zweiter Klasse . . .“ (Hört, hört!) — Die Zustände in den Nervenlazaretten sollten weiter genau geprüft werden. Ein unhaltbarer Zustand ist es, daß das Kriegsministerium auf hier vorgebrachte Fälle, wenn es ihm nicht paßt, einfach nicht eingeht. (Abg. Schöpflin: Bei der Marine ist es besser!) Die Klagen über die Ernährung im Heere würden sofort verschwinden, wenn die Küchenkommissionen wirkliche Rechte bekämen.

Die Debatte zieht sich bis in die späten Abendstunden. Ein um ½9 Uhr gestellter Vertagungsantrag der U. Soz. findet nicht genügende Unterstützung.

Bei der weiteren Fortsetzung der Debatte über den Militäretat bleibt Abg. Cohn (U. Soz.) auf seiner früheren Darstellung des Falles Contzen bestehen.

Der Marineetat und eine Reihe weitere Etats werden angenommen.

Beim Reichspostetat beschwert sich Abg. Emmel (Soz.) darüber, daß für Mülhausen jeder Paketverkehr eingestellt sei. Man könne doch Mülhausen nicht vom Reich abschneiden.

Staatssekretär des Reichspostamts Rüdlin führt die Maßnahme auf militärische Gründe zurück und sagt erneute Prüfung zu.

Die Etats der Reichsschuldenverwaltung und der allgemeinen Finanzverwaltung werden bis zur nächsten Woche zurückgestellt.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Kleine Vorlagen, Debatte über Ernährungsfragen und Kohlenversorgung.)

Schluß 9 Uhr 55 Min.

Aus der Partei.

Gründung einer sozialistischen Akademie in Rußland. Nasche Sslowo vom 3. Juli teilt mit, daß im Rate der Volkskommissare die Gründung einer sozialistischen Akademie erwogen wurde. Einstimmig wurden zu Mitgliedern erwählt Bucharin, Largin, Stutsedka, Radek, Riasanow, Bogldanow und Lenin (Lenin lehnte die Wahl ab). Aus Deutschland wurden gewählt: Rosa Luxemburg, Georg Ledebour, Karl Kautsky, Franz Mehring und Karl Liebknecht; aus Oesterreich-Ungarn: Otto Bauer. Die gleichfalls als Mitglieder ersehenen Russen Koni, Krapotkin und Plechanow haben kategorisch abgelehnt (Plechanow ist inzwischen verstorben).

Rußland.

Moskau, 3. Juli. (W. T. B.) Die Presse veröffentlicht folgenden Befehl Trotzkis: Im Murman ist fremdes Militär gelandet worden, trotz des ausdrücklichen Protestes des Kommissars für auswärtige Angelegenheiten. Der Sowjet der Volkskommissare schreibt mir vor, dorthin die nötigen Streitkräfte zu entsenden, um die Küste des Weißen Meeres vor der Besitzergreifung durch ausländische Imperialisten zu schützen, daher befehle ich folgendes:

1. Wer dem auswärtigen Militär Hilfe leistet, ob direkt oder indirekt, wird als Landesverräter betrachtet und nach Kriegsgesetz hingerichtet.
2. Der Transport nach Archangelsk von Kriegsgefangenen, ob in bewaffneten und unbewaffneten Abteilungen oder einzelner Leute, ist unbedingt verboten, jeder der hiergegen verstößt, wird nach dem Kriegsgesetz gerichtet.
3. Zur Fahrt an die Weißmeerküste benötigen russische wie ausländische Bürger unbedingt die Erlaubnis des nächsten Kriegskommissariats. Passagiere, welche ohne eine derartige Erlaubnis an die genannte Küste reisen, sind zu verhaften.

Moskau, 3. Juli. (W. T. B.) Der Rat der Volkskommissare hat folgende Bekanntmachung erlassen: Der Vorsitzende des Murmanschen Sowjets, Jurjew, welcher zu den anglo-französischen Imperialisten übergegangen ist und an den feindlichen Handlungen gegen die Sowjetrepublik teilgenommen hat, wird als Feind derselben erklärt und als außerhalb des Gesetzes stehend betrachtet.

Ueber Archangelsk ist der Kriegszustand verhängt worden.

Der Kampf gegen die Tschecho-Slowaken. Moskau, 2. Juli. Die hiesige Presse meldet: Das Militärkommissariat hat die sofortige Formierung von Batterien zum Kampf gegen die Tschecho-Slowaken verfügt.

Die West-Uralbahn ist von Gegenrevolutionären gesäubert. Aus dem Abschnitt Slatoust haben sich die Gegenrevolutionäre nach Ustikinsk zurückgezogen.

Japans Haltung. Neuyork, 4. Juli. (Reuter.) Der japanische Botschafter Ishii hielt in Fairhaven (Massachusetts) eine Rede, in der er versprach, daß Japan seinen vollen Anteil am Kriege in der Weise tragen werde, die seiner Ansicht nach am wirksamsten und am meisten zum Erfolge beitragen könnte. Er bezeichnete die Gerüchte über die Möglichkeit einer Wiederannäherung Deutschlands an Japan als deutsche Intrige, die dazu bestimmt sei, die Alliierten voneinander zu trennen. Ishii teilte dann folgende Botschaft des japanischen Volkes an das Volk der Vereinigten Staaten mit: Wir vertrauen Euch und lieben Euch, und wenn Ihr das gestattet, werden wir in loyaler, guter Kameradschaft alle kommenden Jahre Euch zur Seite wandeln.

Allrussischer Sowjetkongreß. Am 3. Juli (16. Juli) findet der fünfte allrussische Kongreß der Sowjets statt. Die Tagesordnung lautet:

1. Bericht des zentralen Exekutivkomitees und des Rates der Volkskommissare;
2. Ernährungsfragen;
3. Projekt einer Verfassung für die russische Sowjetrepublik;
4. Wahlen zum zentralen Exekutivkomitee.

Sozialisierung der gesamten Industrie. Moskau, 3. Juli. Nach Meldung der Presse hat gestern eine Sitzung der Konferenz der Fabrikausschüsse zusammen mit dem Moskauer Rat sowie Vertretern der örtlichen Eisenbahn-Komitees und der Bezirksräte über den angekündigten Eisenbahnerstreik stattgefunden. Die Versammlung hat die Resolution Smidowitsch angenommen, wonach die gesamte Industrie gemäß Dekret vom 28. Juni unter die Leitung des obersten Wirtschaftsrates an die Arbeiterklasse übergeht, ein Streik somit als Verrat zu betrachten sei.

Die Naphthaunternehmen in Jaroslaw, Rybinsk, Kineschma, Wologda befinden sich im Ausstand. Die Naphthaversorgung der Nordbahn und der Schiffahrt der oberen Wolga ist eingestellt.

Politische Uebersicht.

Der Gipfel theoretischer Verwirrung.

Der Karlsruher Volksfreund, das Organ des verstorbenen Abgeordneten Kolb, veröffentlicht einen Aufsatz über Karl Marx, Religion und Internationalismus, der den Gipfel der theoretischen Verwirrung bedeutet. Er kanzelt Marx zunächst einmal dafür ab, daß er sich zur materialistischen Weltanschauung bekannt, um dann auszuführen, daß wir es ja seit Marxens Zeiten Gottseidank weiter gebracht haben. Diese Ausführungen des badischen Umlerne-Organs müssen im Wortlaut genossen werden. Es schreibt:

„Die Theorie (die materialistische) erscheint uns heute höchst abenteuerlich. Daß aus einer zufälligen Zusammenmischung kleinster Teile in grauer Vorzeit einmal ein Löwe, ein Adler usw. entstanden, daß eine künstlerische Leistung wie etwa die Bachsche H-Moll-Messe durch eine Bewegung materieller Teile im Hirn des Komponisten zustande gekommen ist, erscheint uns weniger glaubwürdig als eine Fabel, die uns den Mailänder Dom als Ergebnis eines Steinbombardements vordemonstrieren möchte . . .

Je mehr nun aber die wissenschaftliche Forschung mittels des Mikroskops den Bau der Lebewesen enthüllte, und den zweckmäßigen Zusammenhang ihrer einzelnen Teile erkannte, desto mehr mußten sie darauf verzichten, mittels der materialistischen These die Welt zu erklären. Ohne die Annahme einer zweckmäßig zusammenfügenden Intelligenz kann man das Universum in seiner organisch zusammenhängenden Form mit seinen vielen fühlenden und denkenden Lebewesen nicht begreifen.“

Da haben wir ja glücklich die „zweckmäßig zusammenfügende Intelligenz“. Das ist also der Zweck der Uebung, darum die Verballhornung von Marxens Philosophie, daher die schändliche Fälschung der modernen Wissenschaften. Toller kann es auch die katholische Kirche nicht treiben. Aber warum sollte auch dies Organ, das längst seinen Frieden mit dem Monarchismus gemacht hat, nicht auch seinen Frieden mit der Kirche machen? Reklamiert es doch sogar Jesus von Nazareth für den Sozialismus.

Dieser Allerweltsozialismus aus Karlsruhe mutet wie ein Ueberbleibsel aus der grauen Vorzeit des deutschen Sozialismus an, wo noch in den Köpfen der Führer wie in den Köpfen der Arbeitenden die größte theoretische Verwirrung herrschte. Von dem Fortschritt, den das Wirken von Karl Marx für das Wirken des Sozialismus bedeutet, für seine historische Leistung haben jene verworrenen Köpfe in Karlsruhe keine Ahnung.

Arbeitskammergesetz und Arbeiterausschüsse.

In der Freitagsitzung des Ausschusses für das Arbeitskammergesetz wurde die gesetzliche Regelung der Arbeiterausschüsse besprochen. Die Regierung hat in ihrer Vorlage zwar das Einigungswesen, den Unterbau dafür, die Arbeiterausschüsse aber nicht mit einbezogen. Ueber die Notwendigkeit der gesetzlichen Regelung der Arbeiterausschüsse herrschte im Ausschuß Einmütigkeit. Ob aber in diesem Gesetze, darum ging der Streit. Die Regierung will die Materie in Verbindung mit der Gewerbeordnung regeln. Es wurde ihr vorgeworfen,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180706-17/fragment/page=0002

deshalb sie eine derartige Vorlage **nicht mit dem Arbeitskammergesetz vorgelegt habe. Gen. Brandes verwies** darauf, daß die **Regierung auch bei dieser Frage wieder mit den rückständigsten Unternehmern Hand in Hand gehe.** Die Regelung in der Gewerbeordnung **genüge nicht, da dann die Landarbeiter,** Seeleute ohne Arbeiterausschüsse **blieben.** Auch für die Angestellten **müsse in diesem Gesetze die Regelung** erfolgen. Die Einbeziehung der Angestelltenausschüsse findet **jedoch Widerspruch** unter Hinweis auf den gestrigen Beschluß des Ausschusses, nach welchem besondere Angestelltenkammern zu bilden sind und eine Vorlage der Regierung zu diesem Zweck abgewartet werden soll. Bei der Abstimmung erklären sich für die Regelung der Arbeiterausschußfrage im vorliegenden Gesetz alle Mitglieder bis auf die drei konservativen. Für die Einbeziehung auch der Angestelltenausschüsse stimmen nur die Vertreter der beiden sozialdemokratischen Fraktionen.

Im Ausschuß für das Arbeitskammergesetz wurde am Donnerstag die Einbeziehung der Angestellten in das zur Beratung stehende Gesetz mit 14 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Für die Einbeziehung stimmten die Mitglieder der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, ferner die Abgg. Behrens (D. Fr.), Schiffer und Schirmer (Ztr.), dagegen die Vertreter der konservativen, nationalliberalen und fortschrittlichen Fraktion und die Mehrheit der Zentrumsvertreter.

Der Reichstagsausschuß für das Hilfsdienstgesetz

nahm am Donnerstag Stellung zu dem geheimen Wettbewerbsverbot der Berliner Metallindustriellen. 19 der bedeutendsten Firmen hatten mit Wirkung ab 1. 1. 18 folgende Vereinbarung getroffen: „Wird während des Krieges mit England von einem Mitglied der Vereinigung ein männlicher oder weiblicher Beamter eines anderen Mitgliedes ohne dessen Zustimmung angestellt, so ist ersteres verpflichtet, einen Betrag in eine von dem Verband Berliner Metallindustriellen verwaltete Kasse zu zahlen, gleich dem Doppelten des von dem Angestellten in den ersten zwei Jahren erzielten Mehreinkommens. Der Zustimmung bedarf es nicht, wenn der männliche oder weibliche Beamte infolge Kündigung seitens der Firma sich um die neue Stellung beworben hat." Die Metallindustriellen bestreiten, daß diese Vereinbarung eine glatte Unterbindung der Freizügigkeit ist, die den Angestellten die Verbesserung seiner Lage durch Stellenwechsel unmöglich macht. Sie haben dem Kriegsamt mitgeteilt, daß die Vereinbarung sich nicht gegen die Angestellten, sondern gegen die Unternehmer richte, die anderen die Beamten wegengagieren; sie beziehe sich auch nur auf die Beamten in gehobener Stellung. General Scheuch erklärte, das Kriegsamt habe seine ablehnende Stellung gegen eine derartige Vereinbarung bereits in Nr. 53 der Zeitung Kriegsamt bekanntgegeben und dabei auf eine Verfügung vom 23. 3. 18 hingewiesen, in welcher solche Vereinbarungen als gegen den Geist des Hilfsdienstgesetzes verstoßend bezeichnet und die Generalkommandos ersucht werden, die freiwillige Aufhebung der Vereinbarungen zu veranlassen, und wo das nicht hilft, auf Grund des § 9 b des Belagerungsgesetzes sie zu verbieten. Der Ausschuß erklärt sich damit einverstanden.

Die **Marineverwaltung hat in den besetzten Gebieten die** Bildung von Arbeiter- und Angestellten-Ausschüssen zugelassen, jedoch unter Vorbehalt jederzeitiger Auflösung. Der in Charleville errichtete Schlichtungsausschuß ist auch wieder aufgehoben worden. Dagegen wendet sich eine Beschwerde der Bureauangestellten. Der Vertreter des Kriegsamts hält dieses Vorgehen der Marineverwaltung für zulässig. Die Deutschen in den besetzten Gebieten unterstehen dem Hilfsdienstgesetz. Der § 11, welcher die Angestellten-Ausschußfrage regelt, beziehe sich aber auf den Titel 7 der Gewerbeordnung, der nur Arbeiter innerhalb des Reichsgebiets betreffe Der Ausschuß lehnte solche Auslegung ab und beschloß, die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die Firma van der Zypen hatte es abgelehnt, den von ihr beschäftigten Ofenmaurern die Teuerungszulage zu bewilligen, die durch zentrale Verhandlungen der beiderseitigen Organisationen im Baugewerbe Ende 1917 beschlossen waren. Der Schlichtungsausschuß in Köln hat die Firma zur Zahlung verurteilt, die Firma hat dennoch abgelehnt. Die Bauarbeiterorganisation verlangt deshalb vom Kriegsamt, die Firma zur Anerkennung des Urteils zu veranlassen. Der Vertreter des Kriegsamts lehnt das ab Der Lohn der Maurer sei nach den Feststellungen angemessen. Die Firma gehe mit der Absicht um, eine allgemeine Zulage zu geben. Daran wären die Maurer dann auch beteiligt. Nach längerer Beratung beschließt der Ausschuß auch hier Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Vom Reichsmarineamt wird mitgeteilt, daß es eine Verfügung erlassen habe, die den Betrieben der Marineverwaltung den Beitritt zu Abmachungen der Privatunternehmer verbietet, durch welche Angestellte und Arbeiter in ihrer Freizügigkeit beschränkt werden.

Ein Erlaß des Kriegsamts, welcher die Entschädigung für Reise und Arbeitslosenverlust für solche Hilfsdienstpflichtige regelt, die vom Einberufungsausschuß überwiesen werden, soll in nächster Sitzung besprochen werden.

Ende des Hamburger Börsenstreiks.

Die Börsenmenschen in Hamburg, Bremen und anderen Orten waren regelrecht in den Streik eingetreten. Sie wollen den **Reichstag zwingen, von einer Erhöhung der Steuern** abzulassen, die die Börse treffen könnte. Ein paar Tage lang waren die Notierungen vollkommen eingestellt. Aber der kommandierende General des 9. Armeekorps hat die Börsenmenschen an ihrer schwachen Seite gefaßt und damit bewirkt, daß die „ausständigen" Geldleute die Arbeit sofort wieder aufnahmen.

W. T. B. meldet aus Hamburg: In den Börsenräumen wurde von der Handelskammer folgende Kundmachung des stellvertretenden kommandierenden Generals von Falk den Börsenbesuchern zur Kenntnis gebracht: „Da aus Mitteilungen in der Presse hervorgeht, daß die Mitglieder der Hamburger Wertpapierbörse beschlossen haben, den Börsenverkehr einzustellen, so entfällt die Voraussetzung für die Zurückstellung der Firmenvertreter und angestellten Mitglieder der Wertpapierbörse. Ich werde daher anordnen, daß, wenn nicht sofort der Börsenverkehr wieder aufgenommen wird, die zurückgestellten Wehrpflichtigen zum Heeresdienst einzuziehen sind. Ich ersuche, diese Mitteilung umgehend durch Anschlag in den Börsenräumen zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen."

Auf Grund dieser Bekanntmachung beschloß die Versammlung der Mitglieder der Hamburger Wertpapierbörse, den Börsenverkehr unverzüglich wieder aufzunehmen.

Die Ernährungsnot Oesterreichs.

Wien, 5. Juli. (Wiener K. K. Telegr.-Korr.-Bureaus.) Da die gegenwärtige Verpflegungslage zu geradezu unlösbaren Schwierigkeiten führte, hat Kaiser und König Karl an Kaiser Wilhelm ein Schreiben gerichtet, welches am 24. Juni durch Generalmajor Max Egon Fürst Fürstenberg überreicht wurde.

Auf Grund der nach Empfang dieses Handschreibens durch den deutschen Kaiser erteilten Weisungen fanden im Großen Hauptquartier und bei den zuständigen Stellen in Berlin Besprechungen statt, an welchen der ungarische Ernährungsminister Prinz Windischgrätz und ein Vertreter des K. und K. Oberkommandos teilnahmen. Die dank der Initiative beider Monarchen eingeleiteten Verhandlungen haben zu vollem Einvernehmen bezüglich gemeinsamer, planmäßiger Verwertung aller Getreidevorräte bis zur neuen Ernte geführt.

Kriegsziele der Alliierten nach Wilson.

Neuyork, 4. Juli. Wilson sagte in seiner Rede am Grabe Washingtons in Mount Vernon am Donnerstag nachmittag:

Das Grab Washingtons ist keine Stätte des Todes, sondern eine Stätte der Tat. Es ist sehr bezeichnend für Washington und seine Helfer, daß sie nicht für eine Klasse sprachen, sondern für ein Volk. Ihr bewußtes Ziel war, die Menschen aller Klassen zu befreien und Amerika zu einem Zufluchtsort für die Menschen aller Länder zu machen, wenn sie den Wunsch hatten, die Rechte und Privilegien freier Männer zu teilen. Wir haben dieselben Ziele wie sie: Wir in Amerika glauben, daß unsere Teilnahme am Kriege nur die Frucht ist von dem, was sie gesäet haben.

Unsere Auffassung von dem großen Streit, in den wir verwickelt sind, ist folgende: Auf der einen Seite stehen die Völker der Welt, nicht nur die, die an dem Kampfe teilnahmen, sondern auch viele andere, die unter der Oberherrschaft leiden, Völker vieler Rassen und aller Teile der Welt, auch Rußland. Ihnen gegenüber steht eine isolierte Gruppe freundloser Regierungen, die keine gemeinschaftlichen Ziele vor Augen haben, sondern nur ihren eigenen selbstsüchtigen Ehrgeiz zu befriedigen suchen, während ihre Völker nur Brandstoff in ihren Händen sind. Regierungen, die mit einer primitiven Macht bekleidet sind, die aus einer Zeit stammt, die uns vollkommen fremd und feindlich ist. Vergangenheit und Gegenwart sind in einem Kampf aus Leben und Tod verwickelt: das Ergebnis muß endgültig sein. Wir würden keinen Vergleich keine halbe Entscheidung dulden können: Es würde auch keine halbe Entscheidung möglich sein. Die verbündeten Völker kämpfen für die folgenden Ziele:

1. Vernichtung jeder Willkür und Macht, die für sich allein und heimlich den Frieden der Welt stören kann, und wenn ihre Vernichtung jetzt nicht möglich ist, mindestens ihre Herabdrückung zu tatsächlicher Machtlosigkeit

2. Regelung aller Fragen sowohl der territorialen, wie der Souveränitätsfragen, der wirtschaftlichen und politischen Fragen auf der Grundlage einer freien Annahme dieser Regelung durch das Volk, das unmittelbar dabei betroffen ist, und nicht auf der Grundlage des materiellen Interesses oder Vorteils irgendeines anderen Volkes, das eine andere Regelung zur Ausbreitung seines Einflusses oder seiner Herrschaft wünscht.

3. Einwilligung aller Völker in ihren Verhältnissen sich von denselben Grundsätzen der Ehre und Achtung vor dem Gewohnheitsrecht der zivilisierten Gesellschaft leiten zu lassen, wie sie für die einzelnen Bürger moderner Staaten gelten, dergestalt, daß alle Versprechungen und Verträge gewissenhaft beobachtet, daß keine Sonderanschläge und Verschwörungen angezettelt werden und daß wechselseitiges Vertrauen geschaffen wird auf der Basis wechselseitiger Achtung vor dem Recht.

4. Schaffung einer Friedensorganisation, die verbürgt, daß die Gesamtmacht der freien Nationen jede Rechtsverletzung verhüten wird, und die ein Schiedsgericht einrichtet, dem alle internationalen Gegensätze unterbreitet werden sollen. Diese großen Ziele können wir in einen Gedanken zusammenfassen: Wir streben nach der Herrschaft des Rechtes, gegründet auf die Zustimmung der Regierten und gestützt durch die organisierte Meinung der Menschheit.

Kleine politische Nachrichten.

Der Arbeitsplan des Reichstages. Berlin, 5. Juli. (W. T. B.) Der Aeltestenrat des Reichstages trat heute mittag zusammen zur Besprechung des Arbeitsplanes für die nächsten Tage. Montag, den 8. Juli, soll die Sitzung um 1 Uhr beginnen mit der Tagesordnung: Erste ev. zweite Beratung des Entwurfs betr. abermalige Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstag, erste ev. zweite Beratung des Entwurfs betr. den Landtag für Elsaß-Lothringen, zweite Beratung des Entwurfs über die Zusammensetzung des Reichstages und die Verhältniswahl in großen Reichstagswahlkreisen. Dienstag, den 9. Juli, soll die Sitzung bereits um 10 Uhr beginnen mit der Tagesordnung: Erste Lesung der Kriegskredite in Verbindung mit der zweiten Beratung der Steuervorlagen. An den folgenden Tagen sollen die Sitzungen ebenfalls frühzeitig beginnen, und man hofft, bis Donnerstag, spätestens bis Freitag die Steuervorlagen und die Kriegskredite endgültig erledigt zu haben. Alsdann wird die Sommerpause des Reichstages eintreten.

Vertagung des Kühlmannprozesses. Berlin, 4. Juli. (W. T. B.) Von seiten der Angeklagten wurde ein zwei umfangreiche Schriften umfassender Beweisantrag gestellt. Das Gericht beschloß deshalb, die Verhandlungen zu vertagen und zu dem neuen, anzuberaumenden Verhandlungstermin außer den zu heute geladenen Personen eine Reihe weiterer Zeugen zu laden. Der ebenfalls als Zeuge neugenannte frühere rumänische Ministerpräsident Carp dürfte kommissarisch vernommen werden.

Kleine Auslandsnachrichten.

Der österreichisch-russische Friede endlich ratifiziert. Wien, 5. Juli. Am 4. Juli fand in Berlin der Austausch der Ratifikations-Urkunden zu dem Friedensvertrag zwischen Oesterreich-Ungarn und der russischen Sowjet-Republik sowie dem dazugehörigen Zusatzvertrag statt. Der Austausch wurde vollzogen durch den österreichisch-ungarischen Geschäftsträger, Botschaftsrat Grafen Larisch in Berlin und den dortigen bevollmächtigten Vertreter der russischen Sowjet-Republik Joffe. Ueber den Austausch der Ratifikations-Urkunden wurde ein Protokoll aufgenommen

Der Friedensvertrag von Bukarest. Bukarest, den 5. Juli. (W. T. B.) Nachdem die rumänische Kammer am 28. Juni dem Friedensvertrage zugestimmt hatte, hat gestern auch der Senat, und zwar einstimmig, den Friedensvertrag angenommen.

Die holländischen Wahlen. Amsterdam, 5. Juli. Das Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Het Volk begrüßt in einem Leitartikel über den Ausgang der Wahlen die Tatsache, daß die Partei mit 22 Mandaten als zweitstärkste aus dem Wahlkampfe hervorgegangen ist. Mit Bezug auf die auswärtige Politik erklärt das Blatt, daß die Partei auch in Zukunft ihre Kraft der strengen Handhabung der niederländischen Neutralität widmen wird. Sie wir alles, was in ihrer Macht steht, aufbieten, um zu verhüten, daß Holland in den Krieg hineingezogen wird.

Ausfahrt des holländischen Geleitzuges. Haag, den 5. Juli. (W. T. B.) Das Korrespondenz-Bureau meldet, daß nach hier eingegangenen Berichten der Konvoi heute früh 5½ Uhr die Reise nach Niederländisch-Indien angetreten habe.

Die Kühlmann-Rede im englischen Unterhaus. London, (Reuter.) Unterhaus. Der Pazifist Mason fragte, was die Regierung zu unternehmen gedenke im Hinblick auf die Reichstags-Erklärung des Staatssekretärs von Kühlmann über die deutschen Kriegsziele. Der Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Lord Robert Cecil antwortete, er könne nicht einsehen, daß es nützlich wäre, auf eine so unbestimmte und unentschiedene Erklärung hin etwas zu unternehmen. Unsere Kriegsziele, fuhr er fort, sind allgemein bekannt, aber wir warten vergeblich auf eine klare und unzweideutige Feststellung der Kriegsziele unserer Feinde. Schließlich ersuchte Mason darum, eine Erörterung der Kühlmannschen Erklärung zu eröffnen. Aber kein einziges Mitglied des Hauses erhob sich zu seiner Unterstützung.

„Wenn eine sozialistische Partei sich mit einem Teil der Bourgeoisie verbindet und Regierungspolitik treibt, dann wird sie nicht nur die besten Streiter von sich abstoßen und zum Anarchismus oder Eigenbrödlerei treiben, sondern sie wird sich auch einen ganzen Haufen von Bourgeois sehr zweifelhaften Wertes an die Fersen heften."

Aug. Bebel auf dem Amsterdamer internationalen Kongreß 1904.

Verantwortlicher Schriftleiter: Otto Kilian. Verantwortlich für Anzeigen Hermann Schade. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Der Millionen-Schwindler.

Ein Börsenroman von Hans Hyan.

15]   (Nachdruck verboten.)

Mit eintöniger Stimme, ohne eine Spur von Erregung und doch die Stellen, auf die es ankam, scharf akzentuierend, las Georg Stockmann:

„ . . . Eine der interessantesten Erscheinungen auf dem Geldmarkt ist jedenfalls Herr R. M.

Dieser Mann, dem es nicht einmal gelungen ist, auf legalem Wege die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst zu erlangen, setzt heute die Welt in Staunen durch die Kühnheit und . . . nun, sagen wir, Skrupellosigkeit, seiner Unternehmungen.

Es scheint in der Tat denn auch so, als wäre dieser Herr Raoul Meier ein zweiter König Midas, dem alles, was seine Finger berühren, unter den Händen zu Gold wird. Allerdings gibt es eine, wenn auch kleine Anzahl von Eingeweihten unter den Börsenleuten, welche behaupten, daß sie die Panacee, das große Geheimnis dieses Börsen-Eroberers, längst erkundet hätten.

Man behauptet nämlich, Herr Raoul Meier sei in seinen Börsenoperationen gar nicht so selbständig, wie es den Anschein hat. Es sollen da vielmehr Dinge zugrunde liegen, welche man bei weniger einflußreichen und „schweren" Persönlichkeiten mit dem Namen „Schiebungen" bezeichnen würde.

Wissen Sie z. B., lieber Leser, was man unter einem „Einheizer" versteht? . . . Sie denken hoffentlich nicht an Ihren Portier, welcher die Warmwasseranlagen bedient und dafür mit einem Monatssalär von 60 bis 70 Mark bedacht wird . . . O, nein! Die Einheizer der Berliner Börse sind anspruchsvoller. Aber ihr Tun und Treiben ist vielleicht auch etwas gefahrvoller. Denn im Hintergrunde der Szene steht der Herr Staatsanwalt und wartet nur auf den Moment, wo der Kessel, den diese Herren bedienen, überheizt wird und platzt.

Denn platzen muß dieser Kessel einmal!

Aber reden wir doch deutlicher! . . . Jeder, der heute sein Geld anlegt, ist natürlich bestrebt, dies in einer für ihn möglichst vorteilhaften Art und Weise zu tun, und so hohe Dividende wie nur irgend möglich zu erlangen. Das ist die allerdings sehr verzeihliche Schuld des Publikums bei der Sache.

Diese Leute kaufen nur Papiere, Industriepapiere, Effekten, Pfandbriefe und Anleihen. Besonders nach den letzteren ist die Nachfrage groß, falls es nicht der Fall ist, sorgt man dafür, daß sie begehrt werden. Und eben dazu braucht man den Einheizer.

Dieser, sagen wir z. B. Herr Raoul Meier, kauft große Posten und vielleicht die ganze Emission für seine eigene Rechnung und Gefahr, auch wenn er dafür mit dem zehnfachen Betrage dessen haftet, was er eigentlich besitzt, und auch wenn er nie imstande sein würde, den Ausfall bei einem plötzlichen Kurssturz zu decken.

Das so dem Handel entzogene Papier steigt nun natürlich rapide im Wert, die sogenannte Fachpresse, Schandpresse sollte man lieber sagen, macht dem Publikum das Maul immer mehr wässrig, das Publikum verlangt, kauft und eines schönen Tages gehen die Aktien wieder auf ihren normalen Kurs zurück und der kleine Mann, der Gelegenheitsspekulant, ist der Geleimte . . . . Herr Raoul Meier aber hat ein Milliönchen mehr in der Tasche . . ."

„Hören Sie auf," schrie der Bankier, die Hände an die Ohren haltend, „hören Sie auf, ich will von diesem Gesudel nichts mehr hören . . . und das sage ich Ihnen, Stockmann, wenn Sie nicht heute noch herausbringen, wer dieser Raubritter ist, der die sogenannte „Geißel" fabriziert, und wenn Sie ihm nicht, gleichviel auf welche Weise, ein für allemal den Mund stopfen, dann sind wir die längste Zeit zusammengewesen."

Damit nahm der Bankier, in einer bei ihm ganz ungewohnten Hast, den Zylinder vom Riegel und stürmte hinaus.

Der zurückbleibende Sekretär sah ihm verächtlich nach und sagt nur ein Wort — „Esel!"

IX.

Theodor Meier, der eine Patent-Kartonnagenfabrik besaß, hatte einen sehr unglücklichen Tag heute.

Da es ihm nicht gelungen war, das Geld, das er zur Vergrößerung seines Geschäftes brauchte, in bar zu erhalten, so hatte er sich entschlossen, die Maschinen, um deren Anschaffung es sich hauptsächlich handelte, auf Kredit zu nehmen.

Daß ihm, dessen Genauigkeit in geschäftlichen Dingen keine Grenzen hatte, dabei sehr viele Vorteile entgingen, wußte er, und verwand es nur zähneknirschend. Aber was sollte er machen! Der Bau war unternommen, und die einmal, natürlich auch nur auf Kredit gebauten Räume, leerstehen haben, das hieß, das hierzu geborgte Geld auch noch zinslos, und somit als doppelte Last auf seinem Geschäft stehen haben.

So war die Stimmung des Fabrikanten an sich schon nicht rosig. Und da fand er heute früh auf seinem Schreibtisch einen Brief, in dem ihm der Vertreter der Maschinenfabrik, mit welcher er arbeitete, unter viel höflichem Bedauern erklärte, seine Firma hielte es nach reiflicher Ueberlegung doch für geratener, die Hälfte des Rechnungsbetrages für die zu liefernden Maschinen in bar zu entnehmen. Und zwar, wie üblich, netto Kasse mit 2 Prozent Skonto.

Diese Nachricht schmetterte den armen Theodor Meier förmlich zu Boden.

Er hatte sich im festen Vertrauen auf seinen Fleiß und seine Arbeitskraft, und auf das wirklich schnelle und gesunde Emporblühen seines Geschäftes dazu verstanden, die allerdings sehr hohe Maschinenrechnung zu begleichen, und er hoffte, daß dies ihm, wenn auch nicht leicht fallen, aber doch ohne wirkliche Gefährdung seiner Interessen möglich sein würde.

Die mehr als 20 000 Mark betragende Schuldsumme zur Hälfte sofort zu entrichten, dazu war er einfach außerstande . . . Und dieses Geld geborgt zu erhalten, daran zweifelte er auch . . . Oder sollte er es wirklich noch einmal bei seinem Bruder versuchen? . . .

Den Kopf in die Hände gestützt, und in dumpfem Brüten schwer atmend, saß er eine ganze Weile in seinem Privatkontor, ohne sich zu irgend einem Entschluß aufzuraffen. Noch einmal ging er die ganze Reihe seiner Geschäftsfreunde und Bekannten durch, aber da war niemand, der für eine derartige Anleihe überhaupt nur hätte in Frage kommen können . . . Nur Raoul Meier . . . Raoul ganz allein . . . Und doch, er konnte sich dazu nicht entschließen! . . . Sich eine zweite Abfertigung holen, nein, lieber wollte er seine Räume leer stehen lassen und warten, bis ihm ein günstiger Abschluß ein paar Tausendmarkbilletts auf den Kassentisch wehte . . .

. . . Und doch, es mußte irgend etwas geschehen . . . Er konnte den Neubau nicht leer stehen lassen, das ging schon seinen Lieferanten gegenüber nicht! . . . Das mußte ja seinen Kredit schädigen! Und wenn er nicht jetzt in den gesamten Geschäftsräumen mit Hochdruck arbeiten ließ, dann würde er auch schließlich nicht imstande sein, die Bauraten zu bezahlen, mit denen er sowieso schon im Rückstande war. . . . Ach, so schwer es war, er wollte seinen Stolz noch einmal beugen! Er wollte noch einmal hingehen zu Raoul und mit ihm reden . . . Schließlich handelte es sich ja auch hier nicht um 30 000, sondern nur um 10 000 Mark.

. . . Und . . . hatte ihm der Bankier nicht versprochen, daß er ihm zu Ende des Monats das Geld geben wollte? . . . Heut war der 1. März . . . Gewiß, ohne Zweifel, Raoul würde sich gar nicht lange bitten lassen, in solcher Verlegenheit, da hilft ein Bruder dem anderen! . . .

Er zog sich rasch an und fuhr, bescheiden wie immer, mit der Elektrischen nach dem prächtigen Bankgebäude in der Behrenstraße.

Aber er traf den Bankier in der schlechtesten Stimmung.

Dieser hatte nach der unangebrachten Lektüre am frühen Morgen auch auf der Börse Aerger gehabt.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180706-17/fragment/page=0003

Walhalla-Theater. 1/8 Uhr. 1204

Das Weltstadt-Programm!

Morton, der hängende Mensch!

Läpp und Habel, urkomische Parodisten.

8 Germanias. 8

Die feldgrauen Sterne.

Tato und May, Excentriker.

mit ihrem fabelhaften Ballspiel und weitere erstklassige Spezialitäten.

Sonntag, 1/4 Uhr: **Familien-Vorstellung**

Das große ungekürzte Programm. — Militär u. Kinder halbe Preise.

Tageskasse 10—1 1/2 und 4—6.

Volkspark Burgstr. 27.

Morgen, Sonnabend:

Doppel-Konzert

ausgeführt vom

Görlach-Orchester und der Operettensängerin Fräulein **Anni Kühn**

Morgen, Sonntag, **Frei-Konzert.**

1205 Die Geschäftsleitung.

Kaffee Knäusel

Eigene Konditorei Kaffee Knäusel Täglich Frei-Konzert

1181 Rannischestr. 7 · Telefon 4170

Konzerthaus „Oberpollinger".

Ecke Gr. Ulrichstr. Jägergasse 1. Ecke Gr. Ulrichstr.

Täglich: **Künstler-Konzert.**

Es ladet ergebenst ein 1116 Frau **Elsa Goth.**

1208 Achtung! **Konzerthaus Altenburger Hof**

Am Alten Markt. Eingang Kutschgasse.

Täglich Gr. musikal. Unterhaltung des beliebt. Damen-Orchesters Serviera.

Freundlichst ladet ein Frau **F. Kampe.**

Irrigateure

Verband-Watte, Bett-Unterlagen, Windelhöschen, Gummi-Schläuche

sowie sämtliche Bedarfs-Artikel für

Wöchnerinnen

in großer Auswahl billigst.

Ferner

Baby-Wagen

zum Wiegen (auch leihweise).

Kranken-Fahrstühle.

1189 **Hugo Nehab**

Nachf.,

3 Gr. Ulrichstraße 3.

Marktnähe.

Auf Firma u. Hausnummer

bitte genau zu achten!

Stadt-Theater Halle

Sonntag, den 7. Juli 1918, nachmittags 3 1/2 Uhr:

Volksvorstellung zu kleinen Preisen von 25 bis 65 Pf. (einschließlich Kleiderablage).

Hernschafil. Diener gesucht.

Schwank in 3 Aufzügen von Eugen Burg u. Louis Taufstein.

Abends 7 1/2 Uhr:

Der Zigeunerbaron.

Operette in drei Aufzügen von Johann Strauß. 1197

Montag, den 8. Juli 1918:

Die Rose von Stambul.

Thalia-Theater.

Gastspiel d. Stadttheater-Personals

Sonntag, den 7. Juli 1918, abends 7 1/2 Uhr:

1198 **Bunter Abend.**

Solo-Vorträge. Ballett.

Blau.

Lustspiel von Max Bernstein.

Ansichts-Postkarten

empfiehlt Die Volksbuchhandlung

Alte Promenade 11a Fernruf 5733. **U.T** **Leipzigerstraße 68** Fernruf 1994.

1207

Der versunkene Schatz

Fischerdrama in 8 Akten.

Hauptrolle: **Gunnar Sommerfeldt.**

Vorführ.: 3.00 5.10 7.20 9.40.

Viggo Larsen

in dem humorvollen Lustspiel:

Der Glücksjunge.

Vorführ.: 4.10 6.20 8.30.

Bauernlist

Komödie in 1 Akt.

Rosen, die der Sturm entblättert

Der Roman einer Mädchenfreundschaft (4 Abteilungen)

Hauptrolle: **Maria Widal.**

Vorführ.: 3.00 4.40 7.00 9.30.

Melitta Herbert Leo **Petri Paulmüller Eukert**

in dem köstlichen Lustspiel:

Wenn der Vater mit dem Sohne....

Vorführ.: 4.10 6.30 8.50.

Onkel Gockel als Ehestifter

Reizendes Lustspiel in 2 Akt.

In beiden Theatern: **Die neuesten Kriegsberichte.**

Beginn 3 Uhr

Arbeiter-Turnerbund 1150

2. Kreis, 6. Bezirk, Halle und Umgegend

Bundes-Jubiläum 1893 1918 **Bundes-Turnfahrt**

verbunden mit sportlichen Wettkämpfen, Wettspielen und Sonder-Aufführungen,

Sonntag, den 7. Juli 1918,

im **Olympia-Park,** Merseburgerstraße.

1. Früh bis 11 Uhr: Eintreffen der Turner u. Turnerinnen von der Pflicht-Wanderung.
2. Nachmittags 3 Uhr: Aufmarsch und Freiübungen.
3. 3 1/2 Uhr: Antr. der volkstümlichen Dreikämpfer.
4. Anschließend:
   a) Faustball-Wettspiele, Schwedische Staffette, 1000 Meter.
   b) Sonder-Aufführungen der Vereine.
   c) Gemeinschaftliche Spiele.
5. Bekanntgabe der Resultate.

Während der turnerischen Aufführungen findet im Garten

Großes Konzert statt.

Zu zahlreichem Besuche ladet ein

Der Fest-Ausschuß.

Treffpunkt zur Pflichtwanderung: Früh pünktlich 1/8 8 Uhr an der Peißnitz-Brücke.

Pfälzer Schießgraben.

Täglich: **Großes Frei-Konzert** der gesamten Görlach'schen Kapelle.

Anfang nachm. 3 1/2 Uhr. 1114

Neues Operetten-Programm.

Ergebenst ladet ein **Karl Henkelmann.**

Schreber-Restaurant Halle-Ost.

Freimfelderstr. (direkt hinter der Schule).

Sonntag: Gr. Familien-Abend.

Wozu ich Freunde und Bekannte ergebenst einlade

1199 **Richard Kraft** und Frau

1188 **Neue u. gebrauchte Möbel, Betten, Teppich, goldene u. silberne Herren- u. Damen-Uhren, Mandolinen, Geigen und viele andere Sachen zu verkaufen. Frau Rust, Sternstr. 6.**

Burg-Theater. Erstaufführung des Meßter Autorfilm **Tirol in Waffen.** 6 Akte.

1191 Grosse Gosenstrasse. Der Krieg vor 100 Jahren und Andreas Hofers Liebes- und Leidensgeschichte.

Sonntag nachmittag: Große Jugend-Vorstellung mit **Tirol in Waffen.**

Achtung Hausfrauen! Geld liegt in allen Winkeln.

Zahle für

100 Kilo Strumpfwolle . . . . 160 Mk. ‖ 100 Kilo Neutuch . . . . . 100 Mk.

100 „ Original-Lumpen 15—30 „ ‖ 100 „ Knochen . . . . . 14 „

Zahle für Akten, Zeitungen, Bücher u. Altpapier höchste Tagespreise.

Alle Sorten Felle u. Rosshaare höchste Tagespreise.

Hole auf Wunsch auch selber ab. 1164

Paul Günther, Rohprodukten, Taubenstrasse 3, Hof, hinten links.

Tel. 6176. Alles wird streng reell gewogen! Tel. 6176.

Apollo-Theater. 6087

Heute und Sonntag, abends 1/8 8 Uhr, in neuer Einstudierung:

Die tolle Komtess.

Operette in 3 Akten von R. Bernauer und R. Schanzer. Musik von Walter Kollo.

Hunderte von Aufführungen in allen deutschen Großstädten!

Musikalische Hauptpartien: Du ahnungsloser Engel du! — Dolz auf ewig! — Edelweiß-Terzett. — Junges Herz, lass die Liebe ein. — Die Kinderchen, die braven, die sagen zur Mama .... — Die gute Tante Karola, die sitzt und spielt Pianola. — Usw.

Vorverkauf auf 8 Tage voraus, täglich 9-1 u. 5-1/2 7 Uhr.

Sonntag, ausgenommen von 1—3 Uhr, den ganzen Tag.

Kleintier-Ausstellung

Sonnabend, Sonntag, Montag im Saale des „Wintergarten".

Geflügel, Kaninchen, Ziegen.

Hallescher Geflügel- und Kleintier-Züchter-Verein, e. V.

1194

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum zeige ich ergebenst an, daß ich das vollständig neurenovierte Restaurant

„Goldener Stern",

Eichendorffstraße 3

übernommen habe und Sonnabend den 6. Juli eröffnen werde.

Für ausgezeichnete Biere aus der Rauchfußschen Brauerei und prompteste Bedienung werde ich stets bemüht sein.

Um gütige Unterstützung meines Unternehmens bittet

Hochachtungsvoll

Rudolf Schenk, Gastwirt,

1149 Eichendorffstraße 3.

---

641 **Bad Wittekind**

Sonntag, 7. Juli 1918, 7 bis 9 Uhr:

Früh-Konzert

nachmittags 3 1/2 Uhr:

Kur-Konzert

vom Stadttheater-Orchester.

Leitung: Kapellmeister **Karl Nöhren.**

Solist ist in beiden Konzerten der Grossherzogl. Hessische Kammer virtuose

Louis Kümmel (Cornet à pistons)

von d. Großherzogl. Hofkapelle aus Darmstadt.

Eintrittspreise: Zum Frühkonzert f. Erwachsene 25 ₰, zum Nachm.-Konzert f. Erwachsene 35 ₰, f. Kinder z. beid. Konzerten je 20 Pf., Dauerkarten haben Gültigkeit.

Zoo. 6782

Sonntag, den 7. Juli 1918, nachmittags 3 1/2 Uhr:

:: Konzert ::

vom Görlach-Orchester.

Abends 7 1/2 Uhr:

Abend-Konzert.

Leitung: Musikdirektor **H. Görlach.**

Solist ist im Abend-Konzert der Grossherzogl. Hessische Kammer-Virtuose

Louis Kümmel

(Cornet à pistons) aus Darmstadt.

Eintrittspreise: Erwachsene 50 Pf., von 7 Uhr abends ab 35 Pf., Kinder 20 Pf., Militär ohne Dienstgrad zahlt vormittags 10 Pf., nachm. 20 Pf.

Bei ungünstigem Wetter find. die Konzerte im Saale statt.

„Zum Schulheiss", Merseburgerstrasse 10.

Jeden Sonntag 1187

Künstler-Konzert

ab 4 Uhr nachm. bei fr. Eintritt.

Parteischriften empfiehlt Volksbuchhandlung

Mode-Zeitungen empfiehlt die Volksbuchhdlg.

Handleiterwagen,

Wasch- und Bade-Wannen, Bettfedern gegen bar oder erleichterte Zahlungsweise. 116

Friedrich Grenan, Barfüßerstraße 16.

Familien-Nachrichten.

Tief erschüttert traf uns heute die traurige Nachricht, das mein lieber Mann, unser guter Vater, der Landsturmmann

Otto Weber

kurz vor seinem 40. Geburtstage dem schrecklichen Völkermorden zum Opfer gefallen ist.

In tiefer Trauer:

Helene Weber geb. **Grothe**

und 8 Kinder.

Halle, 5. Juli 1918. 1198

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180706-17/fragment/page=0004

Offenes Schreiben von Franz Mehring an die Bolschewiki.

Die Prawda, das Petersburger Organ der Bolschewisten, veröffentlicht in ihrer Nummer vom 13. Juni ein „Offenes Schreiben von Franz Mehring", das vom 3. Juni dieses Jahres datiert ist und das nach einer Uebersetzung der J. K. lautet:

Werte Genossen!

Es kann von meiner Seite zu selbstbewußt erscheinen, wenn ich als einer Eurer deutschen Gesinnungsgenossen mich erdreiste, Euch, russische Genossen, meinen brüderlichen Gruß und die herzlichen Glückwünsche zu übersenden. In Wirklichkeit schreibe ich an Euch nicht als einzelne Privatperson, sondern als ältestes Mitglied der Gruppe Internationale und der Spartakusgruppe, jener Richtung in der deutschen Sozialdemokratie, die seit nunmehr vier Jahren unter den schwierigsten Verhältnissen auf dem gleichen Boden, mit den gleichen Mitteln und der gleichen Taktik kämpft, der auch Ihr Euch bedient habt, bis Eure Bestrebungen durch den Sieg gekrönt wurden.

Wir begrüßten die Nachricht von den Siegen der Bolschewiki mit dem Gefühl des Stolzes, ohne jeden Neid, als wäre es unser eigener Sieg, und wir würden alle uns mit Freuden Euch angeschlossen haben, wenn unsere Reihen nicht so stark gelichtet wären . . . Viele von uns — und wahrlich nicht die schlechtesten — schmachten hinter Kerkermauern, wie z. B. die Genossin Rosa Luxemburg, oder im Zuchthause wie der Genosse Karl Liebknecht.

Könnte ich Euch wenigstens eine trostreiche Nachricht aus dem inneren Leben der deutschen Arbeiterschaft bringen! Einem Oelfleck gleich fährt der Regierungssozialismus fort, alles, was ihn umgibt, in sich aufzusaugen, obgleich er in moralischer und politischer Beziehung ausgespielt hat. Daß es ihm durch allerhand Machenschaften, gedeckt durch den Belagerungszustand, gelungen ist, fast alle Arbeiterblätter an sich zu reißen und durch Hunderte von Röhren Gift und Schmutz in die Massen zu leiten, ist noch das geringste Uebel. Ungleich mehr gibt der Umstand zu denken, daß die Arbeitermassen noch immer dem Regierungssozialismus zuströmen, der hierdurch die Möglichkeit erhielt, die Unabhängige Sozialdemokratie in drei Wahlkämpfen vernichtend zu schlagen.

Der eine dieser Wahlkämpfe (Potsdam—Spandau—Westhavelland), der schon lange Zeit zurückliegt, läßt sich noch einigermaßen erklären . . . Anders verhielt es sich in den Kreisen Niederbarnim und Zwickau—Krimmitschau, wo kürzlich Ersatzwahlen für die verstorbenen Abgeordneten Stadthagen und Stolle, die der Unabhängigen Sozialdemokratie angehörten, stattgefunden haben. Beide Wahlkreise waren alter Besitz der Partei. Sie hatten immer radikale Vertreter entsandt, und die bürgerlichen Parteien stellten in beiden Fällen eigene Kandidaten auf, so daß der Kampf nur zwischen Abhängigen und Unabhängigen ausgefochten wurde. Natürlich machte das auf alle unsere Freunde einen deprimierenden Eindruck.

Man darf hierbei natürlich nicht den Umstand aus dem Auge lassen, daß der Kampf nicht mit gleichen Waffen geführt wurde. Den Unabhängigen standen weder Preß- noch Versammlungsfreiheit oder sonst irgendwelche gesetzlichen Mittel zur Leitung der Wahlagitation zur Verfügung, während sie die Regierungssozialisten in Hülle und Fülle besaßen.

Doch welches Gewicht man dieser Ungleichheit auch beilegen mag, sie genügt noch bei weitem nicht, um die Schwere der beiden Niederlagen zu erklären: In der Zeit des Sozialistengesetzes haben die Sozialdemokraten oft unter gleich ungünstigen oder noch schlimmeren Verhältnissen den Sieg davongetragen. Die wahre Wurzel des Uebels liegt tiefer. Sie ist während dieser Wahlen, wie schon in einigen Symptomen, zutage getreten: es mangelt der Unabhängigen Sozialdemokratie an der werbenden Kraft, um die proletarischen Massen aufzurütteln und fortzureißen.

Von den Mitgliedern der Partei als Persönlichkeiten läßt sich nichts Schlechtes sagen. Es gibt unter ihnen tüchtige Leute, und sie alle erstreben natülich das Beste, aber als Partei sind sie unter keinem günstigen Stern geboren.

Zu spät und erst nach langem Schwanken haben sie sich von den Regierungssozialisten losgelöst, an deren Sünden sie wohl oder übel lange Zeit teilgehabt haben. Auch der Zusammenschluß zur Partei erfolgte nicht auf der Grundlage einer allgemeinen und klaren Weltanschauung. In vielen, darunter auch in wichtigen Fragen gehen ihre Ansichten auseinander. Das Bindeglied zwischen ihnen bildet nicht die Parole „vorwärts", sondern „rückwärts".

Sie möchten die alte deutsche Sozialdemokratie, die bis zum 4. August 1914 bestanden hat, wieder herstellen . . . Aber dieses Ziel der Unabhängigen ist nichts als eine Utopie, zudem eine reaktionäre, da sie die Absicht hat, den Leichnam auszugraben und ihn zu neuem Leben zu schmücken. Die frühere deutsche Sozialdemokratie mit ihrer alten erprobten Taktik ist in Stücke geschlagen und unter den Rädern des Triumphwagens des Imperialismus begraben. Sie besteht nicht mehr: Es gibt jetzt nur eine deutsche Sozialdemokratie, die sich im August 1914 gebildet hat.

Dieser Trauer der unabhängigen Sozialdemokraten um die unwiderbringliche Vergangenheit entspricht ihre völlige Blindheit gegenüber den treibenden Kräften der Gegenwart. Den ihnen durch die Niederbarnimer Niederlage zugefügten Schmerz wollen sie durch einen heftigen Feldzug gegen die Bolschewiki mildern, den hier der Menschewiki Stein und neben ihm oder richtiger über ihm der große Theoretiker K. Kautsky führen. In der Tat, sie begehen eine Heldentat und beweisen einen unerschöpflichen Born von Staatsweisheit! Könnte dies Karl Marx erfahren, er würde sich im Grabe umdrehen. Für die Partei ist überhaupt kennzeichnend, daß sie noch immer fortfährt, für Kautsky als einen heiligen Propheten zu schwärmen, obgleich sie, mindestens seit dem 4. August 1914, wissen müßte, daß diesem gelehrten Schulmeister nicht die geringste Spur von Marxens revolutionärem Geist innewohnt.

Aus all diesem folgt, daß die Unabhängige Sozialdemokratie im deutschen Proletariat weder treibende Kraft noch Anziehungskraft besitzt. Die Arbeiter wissen sehr genau, was für sie die Solidarität ihrer Klasse bedeutet. Wenn sie sich mit der Parteispaltung zufrieden geben sollen, so wollen sie diesen in ihren Augen, und auch in der Tat, teuren Preis nicht umsonst zahlen.

Die reaktionäre Utopie würde sie nicht befriedigen, und wenn letztere sich verwirklichen ließe, so würde dies den Anfang und nicht das Ende der Kreise bedeuten. Der Zusammenbruch vom 4. August 1914 war ja kein Blitz aus heiterem Himmel. Er war das Resultat einer Krankheit, die bereits seit langer Zeit am Organismus der Partei trotz ihres glänzenden Aeußeren nagte.

Die Unabhängige Sozialdemokratie kann natürlich sagen, daß sie die Spaltung nicht gewollt hätte, sie sei aus der Partei halb und halb mit Gewalt von den Regierungssozialisten hinausgedrängt worden.

Aber die Folge ihrer Politik der Halbheiten und des Zauderns war, daß die Massen ihr den Rücken kehrten, da sie in ihr die Ursache der Parteispaltung erblickten. In der Tat, was ist dabei gewonnen, wenn die Regierungssozialisten sagen: „Wir bewilligen die Kriegskredite, aber durchaus nicht aus prinzipiellen Gründen", und die Unabhängige Sozialdemokratie erklärt: „Wir lehnen die Kriegskredite ab, aber durchaus nicht aus prinzipiellen Gründen".

„Ja" und „Nein" entspringen der gleichen Absicht, dem Bären den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen.

Soweit die Ergänzungswahlen ein Urteil zulassen, wird die Unabhängige Sozialdemokratie von den 28 Mandaten, über die sie verfügt, bestenfalls auf zwei bis drei Mandate mit Bestimmtheit rechnen können.

Sowohl der Selbsterhaltungstrieb als auch das Gefühl der politischen Pflicht veranlaßt sie immer mehr, unter Anwendung der „alten, erprobten Taktik" zu kämpfen. Wer da glaubt, sie sei fähig, außerhalb dieses Rahmens den Finger zu rühren, auch wenn es sich um das höchste Gut der Menschheit handelt, gibt sich einer Illusion hin, die für ihn um so verhängnisvoller werden kann, je gewaltiger die Luftschlösser sind, die er auf diesem Boden baut.

Im Gegensatz zu der Unabhängigen Sozialdemokratie hat die „Gruppe Internationale" gleich bei Beginn des Krieges allen Illusionen Valet gesagt und in ihren Thesen und anderen programmatischen Erklärungen nie vergessen, daß nach dem schrecklichen Zusammenbruch vom 4. August 1914 der völlige Neuaufbau der Internationale möglich und notwendig ist. Während wir in der ersten Zeit überall auf Feindschaft und Verfolgung stießen — nicht zuletzt auch auf seiten der Unabhängigen Sozialdemokratie — hatten wir immer das Glück, bei den Arbeitern offenes Ohr und Herz zu finden, und was die Hauptsache ist, die gleiche Opferfreudigkeit, die einstmals ihre Väter zur Zeit des Sozialistengesetzes bekundet haben.

Nur einen Fehler haben wir gemacht, den, daß wir nach Gründung der Organisation der Unabhängigen Sozialdemokratie uns ihr angeschlossen haben, selbstverständlich unter Wahrung unseres eigenen Standpunktes, in der Hoffnung, daß es uns gelingen wird, sie vorwärts zu treiben. Auf diese Hoffnung haben wir schon lange verzichten müssen. Alle Versuche dieser Art scheiterten daran, daß unsere besten und erprobtesten Leute seitens der Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie des Lockspitzeltums verdächtigt wurden. Dieses Mißtrauen ist gleichfalls ein Erbe der alten und erprobten Taktik.

Aber schließlich gibt es Dinge, die jede Geduld zum Platzen bringen. Zu diesen gehört der sinnlose Kampf, den Kautsky und Ko. gegen die Bolschewiki führen.

Wir begreifen natürlich die bebende Erregung dieses Denkers. Er ist empört, daß die Bolschewisten weit über die Grenzen der „alten erprobten" Taktik hinausgegangen sind. Aber wir hegten immerhin einen Schimmer von Hoffnung, daß Kautsky mindestens so viel von Marx gelernt hätte, den er nach seinen eigenen Worten auswendig kennt und dessen wortgetreuen Text er in der Tat zu reproduzieren imstande wäre — daß es einfach unanständig ist von Leuten, die im Auslande in Ruhe und Sicherheit sitzen, zur Freude der Bourgeoisie die Stellung revolutionärer Kämpfer, die unter den schwierigsten Verhältnissen wirken und große persönliche Opfer bringen, zu erschweren.

Doch auch diese Hoffnung hat mich betrogen, und ich schreibe diesen Brief, indem ich einem Wunsche nachkomme, der wiederholt aus den Kreisen der Gruppe „Internationale" geäußert worden ist; um unseren russischen Freunden und Gesinnungsgenossen zu sagen, daß wir mit ihnen allen durch die Bande leidenschaftlicher und tiefster Sympathie verbunden sind, und daß wir in ihnen und nicht in den Gespenstern der „alten erprobten" Taktik die stärksten Vorkämpfer der neuen Internationale erblicken, jener Internationale, von der es in unseren Thesen heißt: „Das Vaterland der Proletarier, vor dessen Verteidigung alles übrige zurücktreten muß, ist die sozialistische Internationale."

Mit Gruß und Händedruck Euer Franz Mehring.

Zur Abwehr.

Der Genosse Mehring hat in der Prawda am 13. Juni 1918 scharfe Angriffe gegen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei gerichtet. Da es sich um einen „offenen Brief" handelt, den Genosse Mehring als ältestes Mitglied der Gruppen „Internationale und Spartakus" und auf Wünsche aus diesen Kreisen veröffentlicht hat, sehen wir uns zu folgender Erklärung veranlaßt:

Genosse Mehring behauptet, daß der Regierungssozialismus bei den Nachwahlen zum Reichstag in den Wahlkreisen Potsdam-Osthavelland, Niederbarnim und Zwickau die Unabhängige Sozialdemokratie vernichtend geschlagen habe und daß der Ausgang dieser Wahlen auf ihn und seine Freunde einen deprimierenden Eindruck gemacht habe.

Die Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratie ist durch die Wahlresultate nicht enttäuscht worden, da sie sich keine Illu-

Die Murmanbahn.

Von Gg. Engelbert Graf.

Selbst vor dem Kriege war Rußland trotz erheblicher Küstenentwicklung ein abgeschlossenes Land. In Europa standen ihm zwar Ostsee und Schwarzes Meer offen; aber diese Wege brauchten nicht einmal blockiert zu werden, sie waren auch im Frieden durch Schiffahrtschikanen schwer passierbar zu machen. Die sibirische Bahn erschloß wohl das asiatische Rußland und verknüpfte es mit dem europäischen, jedoch war der Weg zu weit und zu kostspielig und umständlich, als daß Wladiwostok als östliches Tor Europas nach dem Stillen Ozean hin ernstlich in Frage gekommen wäre. Blieb nur noch der Weg durch das Nördliche Eismeer in den Atlantischen Ozean.

An Häfen fehlt es der russischen Nordküste durchaus nicht. Aber was nützen die schönsten Häfen, wenn sie so weit nördlich liegen, daß sie selbst und ihre binnenländischen und maritimen Zufahrtswege den größten Teil des Jahres zugefroren und unzugänglich sind. Am weitesten schneidet im Norden das Weiße Meer in das russische Binnenland ein. An der Mündung des größten und weitverzweigtesten nordrussischen Flusses, der Dwina, entwickelte sich hier bereits vor Peter dem Großen die Hafenstadt Archangelsk.

Archangelsk war, solange es auf den Flußverkehr mit dem Binnenland angewiesen war, ein unbedeutender Ort, um so mehr, da Rußland nördlich der Getreidegrenze ein totes Gebiet ist. Das änderte sich, als die Stadt zu Beginn dieses Jahrhunderts an Innenrußland durch eine Eisenbahn angeschlossen wurde, die sie über Wologda mit Moskau verband.

Der Bahnbau vollzog sich damals unter den größten Schwierigkeiten. Von der Gesamtlänge von 1118 Kilometer entfielen 800 Kilometer auf eine menschenleere Wald- und Sumpfwüste. Arbeiter, Materialien fehlten; das weitentfernte Moskau bildete die Basis des Baues; ungünstiges Klima und lange Nächte schränkten die Arbeitszeit ein; und in den tiefen Torfmooren mußte erst künstlich durch Sandaufschüttung ein fester Untergrund geschaffen werden. Dabei wurde die Bahn eingleisig und als Schmalspurbahn gebaut. Trotzdem bewirkte sie, daß Archangelsk in wenigen Jahren sich zu einem großen Handelshafen mit fast 40 000 Einwohnern entwickelte. Erhöhte Bedeutung auch in strategischer Beziehung gewann die Stadt, als nach dem russisch-japanischen Kriege die Ostwestlinie Petersburg—Wjatka mit Anschluß an die Sibirische Bahn gebaut wurde; beide Bahnen schnitten sich in Wologda, und so erhielt Archangelsk auch Verbindung mit Sibirien und den Ostseeländern. Wie wichtig die Stadt in dem gegenwärtigen Kriege wurde, ist jedermann bekannt; sie wurde von den Engländern als Flottenstation benutzt, und zur bequemeren und leistungsfähigeren Verbindung mit dem Hinterland wurde die eingleisige Schmalspurbahn noch während der ersten Kriegsjahre mit Hilfe der Kriegsgefangenen in eine zweigleisige Normalspurbahn umgebaut.

Trotzdem genügte sie nicht entfernt den an sie gestellten Ansprüchen, und auch der Flußverkehr vermochte nur während weniger Sommermonate zu ihrer Entlastung beizutragen. Das Haupthindernis in dieser nördlichen Zone ist der Frost. Das ganze Weiße Meer friert alljährlich auf 6—7 Monate zu. Der Golfstrom, der vom Nordkap her noch einen Arm in östlicher Richtung bis nach der Westküste von Nowaja Semlja entsendet und hier eine Zone eisfrei erhält, vermag weiter südlich keine Wirkung mehr auszuüben; der Eingang zum Weißen Meer liegt der Richtung des Golfstroms gerade entgegengesetzt. Zudem ist das Weiße Meer nicht viel anders als ein großer See mit Meeresverbindung; denn die zahlreichen Flüsse süßen das Wasser aus und lassen es viel leichter gefrieren und viel später wieder auftauen als das salzige Wasser des offenen Ozeans.

Selbst im Winter eisfrei ist aber die bedeutend weiter nördlich als das Weiße Meer liegende Murmanküste, die vom norwegischen Varangerfjord aus nach Osten die Nordküste der Halbinsel Kola gegen das Eismeer hin bildet. Hier liegt an günstigster Stelle, am Ausgang der Trichtermündung des Tulomaflusses, nicht mehr weit vom offenen Atlantischen Ozean entfernt, der Katharinenhafen, an dem vor Kriegsausbruch das Städtchen Alexandrowsk gebaut wurde. Die Bedeutung der Murmanküste für den Weltverkehr war den Russen nicht verborgen geblieben; wenn sie sich auch um das Hinterland wenig kümmerten, so um so mehr um die Wasserverhältnisse. Seit über dreißig Jahren arbeitete hier eine besondere hydrographische Kommission, und die Seekarten, die das Marineministerium von diesem Gebiet aufnahm, sind von einer peinlichen Genauigkeit.

Es war daher nur natürlich, daß der Plan entstand, hier, wo die am Weißen Meer und bei Archangelsk bestehenden Hindernisse nicht in Frage kamen, das Innere Rußlands mit dem Weltverkehrsnetz zu verbinden. Der Plan einer Murmanbahn ist nicht mehr so jung. Die Ausführung aber sowohl wie die Linienführung sind ein Werk des gegenwärtigen Krieges. In knapp zwei Jahren wurde hier ein Werk unter den schwierigsten Verhältnissen vollendet, das in Friedenszeiten als technische Großtat ersten Ranges gewertet und gefeiert worden wäre.

Die Murmanbahn verbindet Archangelsk mit Petersburg. Aber nicht, wie man annehmen sollte auf direktem Wege. Die natürliche Linienführung von Petersburg aus wäre in einer Fortsetzung des schon bestehenden finnischen Eisenbahnnetzes nach Norden gegeben gewesen. Den nördlichsten Punkt haben die finnischen Bahnen bisher in Tornea mit Anschluß an die schwedische Lapplandbahn erreicht. Von hier wären den Kami- und Tulomafluß entlang noch etwa 500 Kilometer bis zum Meere zu bauen gewesen. Auch die innerfinnischen Süd-Nord-Bahnen mit den Endpunkten Kajaani und weiter östlich Nurmes hätten mit Leichtigkeit auf etwa 550—600 Kilometer bis zum Eismeer verlängert werden können. Aber man fürchtete in der Nähe der Ostsee eine Gefährdung der Strecke durch feindliche Flotten- und Luftaktionen und verlegte sie daher weiter östlich, völlig in russisches Gebiet hinein. Die Murmanbahn zweigt sich bei der Station Zwanka, 120 Kilometer östlich von Petersburg von der Linie Petersburg—Wjatka—Perm ab und geht östlich vom Ladogasee nach Norden, berührt Petrosawodsk am Westufer des Onegasees, die Hauptstadt des Gouvernements Olonetz und erreicht bei der Hafenstadt Soroka das Weiße Meer. Von hier führt sie über den kleinen Hafen Kem immer am Westufer des Weißen Meeres entlang nach Kandalakscha, macht von hier unter Umgehung des Imadra- und Kolasees, einen nach Westen geöffneten Bogen und erreicht zuletzt das Tal des Kolaflüßchens und das der vereinigten Kola und Tuloma den Katharinenhafen.

Die Bahn ist normalspurig und zweigleisig angelegt, die ganze Strecke Petersburg—Alexandrowsk ist rund 1500 Kilometer lang. Die beiden Abschnitte Petersburg—Soroka und Kandalakscha—Alexandrowsk sind seit 1916 im Betrieb, die Zwischenstrecke sollte ursprünglich 1917 fertig werden; größtenteils müssen heute noch vorläufig Schiffe für die Vermittlung des Verkehrs sorgen.

Die Linie wurde im Jahre 1914 gleichzeitig von beiden Endpunkten aus in Angriff genommen. Täglich wurden durchschnittlich drei Kilometer fertiggestellt. Ohne die deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen, die den Bau ausführten, wäre diese Rekordleistung einfach unmöglich gewesen. Der Bahnbau vollzog sich unter den ungeheuerlichsten Schwierigkeiten, die teilweise erheblich größer waren als bei dem Bau der Bahn Wologda—Archangelsk; größer war die Kälte, länger die Schrecken der Winternächte, und Torfmoore, Tundren und bis in große Tiefen ständig gefrorener Boden begleiten den größten Teil der Strecke.

Dementsprechend sind auch die Betriebsschwierigkeiten sehr groß, deren die Technik Herr werden mußte. Die Beleuchtung und Heizung der Züge, die Ueberwachung der Strecke, die Sicherung vor Schneeverwehrung durch die häufigen Schneestürme, die Berücksichtigung der krassen Temperaturunterschiede bei der Gleisanlage und den Brückenkonstruktionen usw., das waren alles Probleme, die erst gelöst werden mußten. Denn noch nie war eine Bahn bis in so hohe Breiten hinaufgeführt worden: Die Murmanbahn ist die nördlichste Bahn der Welt, die dem Nordpol noch näher endigt als die Lapplandbahn.

Die Murmanbahn, so wie sie heute ist, hatte bisher nur strategische Zwecke und strategische Erfolge. Sie hat die Ostfront der Entente von England und Amerika her mit Kriegsmaterial versorgen helfen. Aber ihre Bedeutung geht weiter über das Strategische hinaus. Der Ausbau des nordrussischen Eisenbahnnetzes ist bisher mit viel zu geringer Aufmerksamkeit verfolgt worden. Für Rußland handelt es sich nicht allein darum, das eigentliche Stammland in Europa, sondern auch seine asiatischen Besitzungen an den Weltverkehr anzuschließen und gleichzeitig Asiatisches und Europäisches Rußland miteinander zu verbinden. Gewiß dient die Sibirische Bahn diesem Zwecke. Aber sie hat auch in vieler Beziehung mehr eine zentrifugale Wirkung, sie leitet die Wege eines großen Teiles von Sibirien dem Großen Ozean zu und zieht sie damit vor Europa ab. Dieser Gefahr würde teilweise begegnet, wenn für die sibirischen Exportgebiete ein kürzerer und besserer Ausgang über Europa nach dem offenen Meer geschaffen würde. Man hat das gewaltige Flußsystem des Ob zu diesem Zweck ausnutzen wollen; aber der Ob und das Karische Meer sind nur wenige Wochen im Jahr eisfrei. Bleibt die Bahnverbindung. Ein Anfang ist gemacht mit der bereits erwähnten Linie Petersburg—Wjatka—Perm, die über Jekaterinburg—Tscheljabinsk den Anschluß an die Sibirische Bahn findet. Zur Abkürzung des Weges nach dem Eismeer ist eine Verbindung geplant, die von Wjatka in nordwestlicher Richtung abzweigt und seit 1914 bereits bis Kotlas, dem Flußumschlagehafen für das 450 Kilometer entfernte Archangelsk ausgebaut ist; von hier soll die Bahn bis Soroka weitergeführt werden, wo sie in die Murmanbahn einmünden würde.

Dieser Weg ist der schnellste und bequemste Weg für die Ausfuhr von Agrar- und Mineralprodukten aus dem westlichen Sibirien. Besonders England hat ein Interesse daran, auf diesem Wege mit Butter, Eiern, Fleisch, Getreide usw. versorgt zu werden und Maschinen und andere Bedarfsartikel nach Sibirien einzuführen. Ebenso soll das nordrussische Bahnnetz der Erschließung und Ausbeutung der ungeheuren Nadelwälder dienen, die in den nordrussischen Gouvernements sich ausdehnen. Selbstverständlich ist auch das gesamte innere Rußland an dem Wege nach dem eisfreien Hafen am Nordmeer wirtschaftlich ganz außerordentlich interessiert, um so mehr, wenn ihm die übrigen Meereszu- und Ausgänge durch die Randstaaten verbaut sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180706-17/fragment/page=0005

sionen über die Stimmung der Mitläufer gemacht hat, auf die sie infolge des Raubes der Zeitungen und des Belagerungszustandes eine genügende Anziehungskraft auszuüben nicht in der Lage war. Die Unabhängige Sozialdemokratie will nicht, wie Genosse Mehring behauptet, zurück zu der „alten erprobten Taktik" mit „ihren glänzenden Siegen" von Wahl zu Wahl. Sie ist keine nur-parlamentarische Partei und will es nicht sein. Sie erblickt auch in den glänzendsten Wahlsiegen nur ein Mittel und nicht das ausschlaggebende für den proletarischen Befreiungskampf.

In zwei von jenen drei Wahlkreisen sind Anhänger der Spartakusgruppe als Kandidaten aufgestellt worden, in Potsdam-Ostbaveland Genosse Mehring selbst und in Zwickau Genosse Heckert. Bei den Wahlen hatte also die Spartakusgruppe ebenso wie sonst — unbehindert durch die Partei — die Möglichkeit, ihre Werbekraft zu bewähren, die proletarischen Massen aufzurütteln und fortzureißen. Mehr noch: Die Wahlkreisorganisation im 11. Berliner Wahlkreise hat den Genossen Mehring in den preußischen Landtag entsendet. Einer der hervorragenden Vertreter der Spartakusgruppe hatte hier Gelegenheit, an Stelle der von ihr bekämpften „Politik der Halbheiten und des Zauderns" eine Politik entschlossener „Tatkraft" und des „Vorwärtstreibens" zu setzen.

Ein Vergleich darüber, ob und inwiefern sich der Genosse Mehring von den Genossen Hofer, Adolf Hoffmann, Paul Hoffmann, Ströbel in der politischen Auffassung und in dem politischen Wirken unterschieden hat, lehrt mehr als jedes andere Argument, daß die Angriffe des Genossen Mehring gegen die Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie der Berechtigung entbehren.

Nach der Behauptung des Genossen Mehring soll die Unabhängige Sozialdemokratie erklären: „Sie lehne die Kriegskredite ab, aber durchaus nicht aus prinzipiellen Gründen." In Wahrheit ist sie die entschiedenste Gegnerin der opportunistischen Taktik, ihre Verwerfung der Kriegskredite entspringt ihren Grundsätzen.

Genosse Mehring hebt hervor, daß die Reihen der „Internationalen" und der „Spartakusgruppe" stark gelichtet seien, daß viele Genossen hinter Kerkermauern schmachteten. Diese Tatsache ist richtig. Aber in weit größerer Zahl sind Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie, die nicht jenen Gruppen angehören, in die Gefängnisse und Zuchthäuser geworfen. Opfer der Uebergezeugung sind hier wie dort gefallen.

Eine reine Phantasie ist es, daß die Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie die „besten und erprobtesten Leute" der Internationale" und der „Spartakusgruppe" des Lockspitzeltums verdächtigt hätten. Die Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie haben vielmehr bei jeder Gelegenheit die Anhänger jener Gruppen und namentlich ihre „besten Leute" vor Verfolgungen und Verdächtigungen geschützt.

Der Genosse Mehring hat schließlich den kühnen Gedanken ausgesprochen, daß die Partei den ihr durch die Niederbarnimer Niederlage angeblich zugefügten Schmerz durch einen heftigen Feldzug gegen die Bolschewiki habe mildern wollen, den Kautsky und Stein geführt hätten. Die Partei hat durch ihre Führer im Parlament mit allem Nachdruck erklärt, daß sie jede Kritik der Bolschewiki gegenwärtig ablehne. Was Kautsky und Stein geschrieben haben, ist ihre persönliche Ansicht, die sie als solche auch gekennzeichnet und für die sie die Verantwortung übernommen haben. Sie haben dabei von dem Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch gemacht, das allen Genossen zusteht. Jeder Genosse unserer Partei zollt dem russischen Proletariat nicht nur Bewunderung für die heldenmütigen Kämpfe gegen das zaristische Regiment und gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung, sondern betrachtet es auch als geschichtliche Pflicht des internationalen wie namentlich des deutschen Proletariats, das russische Proletariat in seinen Kämpfen zu unterstützen.

Die Parteileitung
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 6. Juli 1918.

Eine Ohrfeige für die Hausagrarier.

Der städtische Grundbesitz hat nie so laut über seine angebliche Notlage geschrien, wie während des Krieges. Die Hausbesitzer haben in den beweglichsten Tönen über den Niedergang des städtischen Grundbesitzes geklagt, sie haben damit große Mieterhöhungen begründet, sie haben kommunale Hilfsaktionen zur Unterstützung des notleidenden Grundbesitzes gefordert und erhalten, und sie kündigen für die Zeit nach dem Kriege weitere Mieterhöhungen an.

Die amtliche Statistik der Hypotheken-Bewegungen in Preußen zeigt nun auf das deutlichste, daß von einer Notlage des städtischen Grundbesitzes nicht gesprochen werden kann. Danach waren in den Städten 1915 die Hypothekenlöschungen um 91 Millionen Mk. höher als die Hypothekeneintragungen, während noch 1913 die Eintragungen um 765 Millionen Mark größer waren. Das bedeutet eine wachsende, überaus beträchtliche Entschuldung des städtischen Grundbesitzes während des Krieges. Es geht also den Hausagrariern während des Krieges besser als je. Diese Statistik ist eine klatschende Ohrfeige für die über ihre angebliche Notlage jammernden Hausagrarier.

Die Lebensmittel für nächste Woche.

Die Bekanntmachungen über die Kartoffelversorgung in der kommenden Woche werden laut Mitteilung des Magistrats voraussichtlich von Tag zu Tag ergehen. Kartoffelverkauf findet auch am Sonntag statt. (Siehe besondere Bekanntmachung.) Außerdem kommen in der Woche vom 8. bis 14. Juli zur Verteilung:

½ **Pfund Marmelade,**
¼ **Pfund lose Suppen,**
¼ **Pfund Nudeln,**
¼ **Pfund Grieß**

für jede Person eines Haushalts. Der Verkauf dieser Lebensmittel wird durch besondere Bekanntmachungen geregelt werden.

*

Zu unserem Artikel Heraus mit den Ersatzlebensmitteln wird uns von amtlicher Stelle mitgeteilt, daß in dem Schreiben des „Familienvaters" insofern ein Irrtum enthalten ist, daß für Berlin wohl die Verteilung von 1400 Gramm Nährmittel und 1100 Gramm Marmelade oder Honig vorgesehen ist, aber für die Zeit bis zum 15. August, also für die Dauer von 6 Wochen, während die Ersatznahrungsmittel und Marmelade oder Honig in Halle mehrfach zur Ausgabe gelangen.

Hallenser in den Verlustlisten.

Als in Halle und seinen Vororten geboren werden in den Verlustlisten gemeldet:

Verlustliste 1174. Otto Koch l. verw. Gefr. Richard Krämer l. verw. Willi Kuhröber l. verw. Richard Meinhardt l. verw. Johannes Niemann bish. verw., gefroren. Willi Strickrodt l. verw. Lothar Teuscher schw. verw. Bruno Thinat l. verw. Franz Vorkauf l. verw. Otto Walter l. verw. Walter Weitmann l. verw.

Sächsische Verlustliste 512. Vizefeldwebel Johannes Kulf l. verw.

Verlustliste 1175. Paul Berthold schw. verw. Unteroffizier Wilhelm Brücher l. verw. Rich. Poppe l. verw. Willi Walther schw. verw.

Verlustliste 1176. Hermann Boost l. verw. Kurt Emmerich gefallen. Otto Heinrich l. verw. Hermann Hempel l. verw. Karl Hempel gestorben infolge Krankheit. Fritz Kitzio schw. verw. Paul Kleeblatt gefallen. Gustav Patenge l. verw. Unteroffiz. Bruno Rase schw. verw. Unteroffiz. Wilh. Roeder gefallen. Gefr. Hugo Strobach verm. Otto Trabhardt l. verw. Hermann Weber verm.

Verlustliste Nr. 30 der Kaiserlichen Schutztruppen usw. In englischer Gefangenschaft und interniert: a) in Daressalam Gefr. Barnbed (8. 5. 85); b) in Sidi Bisse, Aegypten, Oberleutnant z. S. d. R. Hermann Walter (21. 12. 79).

Verlustliste 1177. Otto Döschner, war in der Schweiz, jetzt Frankfurt a. O. Oberstleutn. a. D. Viktor Eichert gestorben infolge Krankheit. Karl Emmerich l. verw. Hellmut Ganich vermißt. Erich Hoffmann in Gefangensch. Kurt Korb bish. verw. gemeldet, gestorben. Paul Lehing l. verw. Gustav Lehmann in Gefangensch. Gefr. Albert Lorenz l. verw. Gefr. Otto Meßner l. verw. Max Münch l. verw. Franz Nagel schw. verw. Hermann Paake gefallen. Vizefeldw. Paul Schmidt vermißt. Werner Schöne l. verw. Gustav Schröder l. verw. August Schröder bish. verwundet u. vermißt, gefallen. Erich Starke gefallen. Kurt Steuer gestorben an seinen Wunden. Gefr. Paul Vocke l. verw. Unteroffiz. Wilhelm Wernicke verm.

Verlustliste 1178. Friedrich Barth gestorben infolge Krankheit. Bernhard Döhlert l. verw., bei der Truppe. Richard Füchsel verm. Kurt Gebhard verm. Ernst Heinze l. verw. Arno Hoyer l. verw. Gefr. Georg Hüfner schw. verw. Fritz Lasch bish. verm., gerichtlich für tot erklärt. Feldw.-Leutnant Hermann Maercker bish. verm. in Gefangensch. Erich Meyer l. verw. Wilhelm Rückert l. verw. Otto Saxe l. verw. Artur Wiche l. verw., bei der Truppe. Thomas Wunsik l. verw. Alfred Zöllner schw. verw.

Sächsische Verlustliste Nr. 513. Paul Lösche gestorben 30. 4. 18 infolge Krankheit.

---

* **Der Städtetag für die Provinz Sachsen** findet heute im Stadtverordneten-Sitzungssaale des Rathauses statt. Die Tagesordnung ist folgende:

1. Die Bekämpfung der Wohnungsnot. (Berichterstatter: Herr Bürgermeister Luddeckens, Erfurt.)
2. Der Aufsicht der Begabten. (Berichterstatter: Herr Stadtschulrat Professor Dr. Nordmann, Magdeburg.)
3. und 4. Geschäftliches.

* **Ein Kartoffel-Lagerhaus** soll, wie schon aus der Tagesordnung zur Stadtverordnetenversammlung hervorging, durch die Stadt errichtet werden. Der Magistrat hat vom Stadtbauamt einen Entwurf ausarbeiten lassen, wonach auf dem Steingraeplatz, der sich bekanntlich an das Gelände des städtischen Schlachthofes anschließt, ein zweckmäßiges Gebäude mit großen Kellern angelegt werden soll. Die Kosten sind auf 300 000 Mk. veranschlagt. In dem Gebäude will man namentlich Kartoffeln einwintern, da sich die Unterbringung in allen möglichen, vielfach nicht geeigneten Kellerräumen nicht bewährt hat. Der Bauausschuß sowohl wie der Haushaltungsausschuß erklärten sich mit dem Plan grundsätzlich einverstanden. Hinsichtlich der Ausführung des Baues wurden einige Aenderungen beschlossen.

* **Verschärfte Bezugscheinbedingungen.** Vom Montag, den 8. Juli, an dürfen nach Weisung der Reichsbekleidungsstelle Bezugscheine über Web- und Wirkwaren nur mehr ausgestellt werden, wenn in jedem Falle vorher vom Antragsteller ein ordnungsmäßig ausgefüllter Bestandsfragebogen vorgelegt worden ist. Die Bezugscheinstellen sind berechtigt, eine Nachprüfung der Angaben im Bestandsfragebogen vor Ausstellung der Bezugscheine zu veranlassen. Unwahre oder unvollständige Angaben im Bestandsfragebogen werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis 15 000 Mk. bestraft.

* **Löhnungszuschuß auch für Stiefkinder.** Das Armee-Verordnungsblatt teilt mit: Vom 1. Juli an ist der Löhnungszuschuß auch für Stiefkinder der verheirateten Unteroffiziere des Friedensstandes (Kapitulanten) zu zahlen, also für eheliche und legitimierte Kinder der Ehefrau aus einer früheren Ehe, ferner für Pflegekinder, wenn der Unteroffizier die Stief- und Pflegekinder in seinem Familienhaushalt unentgeltlich unterhält. Adoptivkinder der Unteroffiziere selbst sind unterhaltsberechtigt und beim Löhnungszuschuß daher wie eheliche Kinder zu berücksichtigen.

* **Stadttheater.** Heute, Sonnabend, geht Verdis Oper Der Troubadour in Szene. Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, Volksvorstellung zu ganz kleinen Preisen: Herrschaftlicher Diener gesucht, Lustspiel von Burg und Taufflein, abends 7½ Uhr Der Zigeunerbaron. Montag: Die Rose von Stambul, Dienstag: Der Revisor, Mittwoch: Die toten Augen, Donnerstag: Alt-Heidelberg, Freitag: König für einen Tag, Sonnabend: Der Zigeunerbaron.

* **Freiwillig aus dem Leben geschieden.** Infolge eines unheilbaren Leidens verübte ein 50jähriger Arbeiter in der Wohnung seiner Tochter in der Großen Wallstraße Selbstmord durch Erhängen.

Vereins- und Vergnügungsanzeigen.

Bunter Abend im Thalia-Theater. Vielfachen Wünschen entsprechend wird am Sonntag, den 7. Juli, im Thalia-Theater wieder ein bunter Abend von Mitgliedern des Stadttheaters veranstaltet. Die Vortragsfolge des 1. Teiles lautet: Romanze und Lied aus Mignon (Adolf Harlacher), Arie aus Aida (Meta Tonchi), Lieder von Richard Strauß (Karl Strätz), Lieder von Grieg, Hugo Wolf und Othegraven (Meta Tonchi), Ballade und Lied Ach wie so trügerisch aus Rigoletto (Adolf Harlacher). Den Schluß des 1. Teiles bildet der Walzer von Frühlingsstimmen von Johann Strauß, gesungen von Amelie Peters, Olga Marlow, Tini Saß und Hede Jacob. Im 2. Teil gelangt unter der Spielleitung von Adalbert Kruvad das Lustspiel Blau von Max Bernstein zur Aufführung.

Apollotheater. Die mit großem Beifall aufgenommene Operette Die tolle Komteß geht am Sonntag, abends ¾8 Uhr, zum vierten Male in Szene. Der Kartenvorverkauf ist Sonntags, ausgenommen von 1 bis 3 Uhr, den ganzen Tag geöffnet.

Aus der Partei.

Wie der „Vorwärts" informiert.

Unser Berliner Mitteilungsblatt hatte auf die über Maßen tendenziös parlamentarische Berichterstattung des Vorwärts hingewiesen. Darauf antwortete das Zentralblatt der Abhängigen:

„Eine kurische Beschwerde. Das Berliner Mitteilungsblatt der Unabhängigen beschwert sich, daß wir den Dauerreden der unabhängigen Parlamentarier nicht genügend Raum widmen. Dieselben Leute, die gegen den Vorwärts den Boykott predigen, scheinen also doch nicht ganz frei von der Eitelkeit sich im Vorwärts gedruckt zu sehen. Im übrigen können sich die Unabhängigen selber sagen, daß die erste Folge des Boykotts, wenn er wirksam wäre, sein müßte, uns zu Raumeinschränkungen zu zwingen; und da halten wir doch das uns vom Mitteilungsblatt gestellte Ansinnen für etwas unverfroren, daß wir die Reden unserer eigenen Abgeordneten unter den Tisch fallen lassen sollen, damit die Reden unserer Boykottierer in vollem Glanze prangen. Das Mitteilungsblatt erinnert uns an jenen Hotelgast, der erst die Fensterscheiben zertrümmerte und dann das Beschwerdebuch verlangte, weil es ihm zog."

Dazu bemerkt das Mitteilungsblatt treffend:

„Wie der Tintenfisch das Wasser trübt, um sich der Verfolgung zu entziehen, so sucht die Vorwärtsredaktion ihre skandalöse Berichterstattung mit einer Verschiebung der Sachlage zu rechtfertigen. Die Tatsachen liegen aber zu klar zu tage, als daß es der Redaktion gelingen könnte, sie durch Verdrehungskunst sicher aus der Welt zu schaffen. Der Vorwärts hat es fertig bekommen, die Entgegnung Hirschs gegen die Angriffe Adolf Hoffmanns zu bringen, ohne den Lesern auch nur mit einem Worte zu sagen, was Hoffmann eigentlich gesagt hat. Selbst bürgerliche Blätter, wie die Deutsche Tageszeitung, die auf dem Gebiete tendenziöser Berichterstattung etwas los haben, können mit der parlamentarischen Berichterstattung des Vorwärts nicht konkurrieren. Sie bringen wenigstens einige Sätze aus Hoffmanns Rede, der Vorwärts dagegen erwähnt nicht einmal, daß Hoffmann gesprochen. Und das verteidigt ein Blatt noch, das vorgibt, objektiv zu berichten und die Leser zu informieren."

Hinter verschlossenen Türen.

Beleidigungsklage des Staatssekretärs v. Kühlmann.

Berlin, 4. Juli 1918.

Vor der 7. Strafkammer begann heute früh die Beleidigungsklage, die die Staatsanwaltschaft auf Antrag des Reichskanzlers gegen den Redakteur der Deutschen Ztg., Dr. Max Lohan, und den Redakteur der Alldeutschen Blätter, Dr. Julius Dumke, angestrengt hat. Die Angeklagten werden nach dem Eröffnungsbeschluß der Anklage beschuldigt, in Artikeln vom 23. und 27. April 1918 in Beziehung auf den Staatssekretär v. Kühlmann über dessen berufliche Tätigkeit Tatsachen behauptet zu haben, die geeignet sind, ihn verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzusetzen.

Die Anklage vertreten Staatsanwaltschaftsrat Rohde und Staatsanwalt Gutjahr. Außerdem wohnt der Verhandlung General-Staatsanwalt Plaschke bei. Als Zeugen sind etwa 20 Herren erschienen. Unter ihnen der noch in letzter Stunde geladene Vizekanzler v. Payer, ferner Staatssekretär v. Kühlmann, Gesandter v. Rosenberg, Generaldirektor Rollenberg, der Direktor der Deutschen Bank v. Stauß, Kommerzienrat Dr. Friedrichs-Potsdam, Direktor Solmßen, Legationsrat Dr. v. Hoesch, Wirkl. Geh. Rat Exz. Kriege, Legationssekretär Frhr. v. Gebsattel, Leutnant Asselm, Rittmeister Horstmann, Major v. Keßler, Reichstagsabgeordneter Major Graf Praschma, die Chauffeure Knoll und Rademacher und schließlich noch der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes Justizrat Claß aus Mainz. Als Verteidiger der Angeklagten sind erschienen die Rechtsanwälte Dr. Schwindt und Jacobsen-Hamburg.

Vor Eintritt in die Verhandlung fragt der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Westermann die Angeklagten, ob die Möglichkeit bestehe, die Sache vorher durch eine Erklärung aus der Welt zu schaffen. Sie werden sich aus den Akten überzeugt haben, ob die Sachen erweislich wahr sind, und ob sie sich nicht durch eine loyale Erklärung erledigen ließen. Ich weiß nicht, was Herr v. Kühlmann darüber denkt, denn ich bin vollkommen unbefangen und habe bisher keinerlei Fühlung nach oben genommen.

Angeklagter Dr. Lohan: Uns liegt nichts daran, vor dem feindlichen Auslande schmutzige Wäsche zu waschen, es liegt uns fern, wie die Herrn v. Kühlmann ergebene Presse behauptet, Bettlaken-Geheimnisse aufzudecken. Es liegt im Interesse des Auswärtigen Amtes und der deutschen Diplomatie, daß die Verhandlung nicht zu Ende geführt wird. Aber der politische Effekt der Aktion geht dahin, Herrn

v. Kühlmann als einen politischen Schädling zu beseitigen.

Wenn ich die Genugtuung hätte, daß Herr v. Kühlmann heute oder morgen oder in absehbarer Zeit zurücktreten würde, wäre ich bereit, jede Erklärung abzugeben, denn ich habe mich nur mit der politischen Tätigkeit des Herrn v. Kühlmann zu beschäftigen und bin gerne bereit, dem Privatmann v. Kühlmann in Ruhe zu lassen. — Angekl. Dr. Dumke: Ich schließe mich dem an. — Vors. Landgerichtsdirektor Westermann: Damit sind die Vergleichsverhandlungen wohl gescheitert. Ich glaube, es nicht nötig zu haben, Herrn v. Kühlmann noch zu fragen. (Allgem. Heiterkeit.) — Angekl. Lohan: Ich bedauere es im vaterländischen Interesse, aber die ganze Aktion wäre zwecklos, wenn wir den Privatmann von dem Diplomaten v. Kühlmann trennten, was nicht möglich ist. — Staatsanwaltschaftsrat Rohde beantragt, die Oeffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlungen auszuschließen. Den Antrag werde er in nichtöffentlicher Sitzung begründen. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Schwindt: Die Verteidigung hat die Auffassung, daß die Sache in voller Oeffentlichkeit verhandelt werden kann und muß, und zwar im beiderseitigen Interesse. Die Beleidigung ist in der Presse erfolgt. (Hier wird der Verteidiger mit dem Bemerken unterbrochen, daß diese weiteren Ausführungen in nichtöffentlicher Sitzung erfolgen müßten.) Nach ziemlich langer Dauer verkündet der Vorsitzende als Gerichtsbeschluß, daß während der ganzen Dauer der Verhandlung

aus Gründen der Gefährdung der Staatssicherheit die Oeffentlichkeit auszuschließen

sei. Zugelassen wird lediglich der direkte Beauftragte des Herrn Reichskanzlers Geh. Reg. Rat v. Schlieben, während die Vertreter des Auswärtigen Amts und auch die Stenographen desselben sowie der Verteidigung in den Ausschluß einbezogen sind. Es begann dann die Vernehmung der Angeklagten.

Aus der Provinz.

Augen auf, Taschen zu.

Man schreibt uns aus dem Geiseltale:

Anfang dieser Woche versuchten vier Vertreter des Bezirksverbandes der Werks- und nationalen Arbeitervereine auf der Grube Cecilie in Lützkendorf Mitglieder für obigen Verein zu werben. Man hielt auf dem Werk einen „großen" Vortrag über Zweck und Ziele des Vereins und hob hervor, daß der Verein nur das eine Ziel hätte, die materielle Lage des Arbeiters zu heben. Daß diese Angaben gefunkert sind und welche Bedeutung von Seiten der Arbeiterschaft dieser Delegation überhaupt entgegengebracht wurde, geht schon daraus hervor, daß ganze 20 Männeken den Vortrag anhöreten.

Man darf mit Bestimmtheit annehmen, daß auch auf den andern Werken der Versuch gemacht werden wird. Will der Arbeiter seine Lage heben, so tut es nur eine straffe, von Unternehmertum völlig unabhängige Organisation. In diesem Falle kommen nur die freien Gewerkschaften in Frage.

Leider hat die hiesige Arbeiterschaft den Wert der Organisation noch nicht recht erkannt. Deshalb will man auch den Versuch machen, sie in nationalen Arbeitervereinen einzulullen. Von jeden Beitretenden wird auch ein Glaubensbekenntnis abgenommen, daß er keiner sozialdemokratischen Organisation angehört. Das zeigt doch, was im Anzuge ist, wenn die Arbeiter den Lockungen und Ermahnungen nicht widerstehen sollten. Es ergeht deshalb an die Arbeiter der Ruf: Augen auf, Taschen zu, hinein in die freien Gewerkschaften!

Merseburg. Die Grippe. Der Korr. berichtet: Die Erkrankungen an Influenza haben auch hier beträchtlich zugenommen. Der durchschnittliche Krankenbestand der hiesigen Krankenkassen hat sich um das Doppelte vermehrt. Besonders im Leunawerk sind die Erkrankungen aufgetreten und haben dort eine größere Anzahl von Arbeitern arbeitsunfähig gemacht. Doch verläuft die Krankheit überall normal und gutartig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180706-17/fragment/page=0006

Leuna. Zweckverband und Kleinbahn. Der Zweckverband Leuna (umfassend das Ammoniakwerk Leuna und die Gemeinden Leuna, Rössen, Göhlitzsch, Daspig und Kröllwitz) beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage der Beteiligung des Zweckverbandes an den Kosten für den Bau der elektrischen Straßenbahn Merseburg-Dürrenberg. Es wurde einstimmig beschlossen, sich an der neuen Gesellschaft mit 150 000 Mark zu beteiligen und ferner für den erforderlichen Grund- und Bodenerwerb Sorge zu tragen. Vor allem wird besonderer Wert auf die Fertigstellung der Strecke Merseburg-Kolonie Rössen gelegt. Man hofft bestimmt, diese Strecke noch in diesem Jahre in Betrieb nehmen zu können.

Eisleben. Lebensmittel-Verteilung. 50 Gramm Butter auf 42, 125 Gramm Grieß auf 41, ein Pfund Marmelade auf 41, 125 Gramm Käse auf 47 an 4471 bis 4650 und 4801 bis 6214 bei bestimmten Kaufleuten. Vormeldung auf Butter (Marke 48).

— Die Kartoffelversorgung. Der Magistrat macht bekannt: Wegen des noch unbestimmten Eintreffens von Frühkartoffeln ist die größtmöglichste Streckung unserer Kartoffelvorräte erforderlich. Wir setzen daher die Kartoffelkopfmenge für die Woche vom 8. bis 14. Juli d. J. hierdurch auf fünf Pfund fest. Die bisherige 4-Pfund-Marke berechtigt daher nur zum Bezuge von zwei Pfund Kartoffeln; die übrigen Marken behalten ihre Gültigkeit auf je ½ Pfund Kartoffeln.

Hettstedt. Freispruch. Der 13jährige Schulknabe Gustav Sch. war geständig, im Mai 1917 in einer hiesigen Bäckerei zweimal je ein Brot gestohlen zu haben. Er behauptete vor dem Schöffengericht, da er und seine Geschwister hungerten, aus Not gehandelt zu haben. Die Brote seien von ihm und seinen Geschwistern gleich verzehrt worden. Das Gericht nahm Notdiebstahl (Mundraub) an; da für diese Vergehen Strafantrag erforderlich ist und ein solcher nicht vorlag, erfolgte Freisprechung.

Sangerhausen. Der Gewerbeinspektor für den Mansfelder See- und Gebirgskreis, sowie die Kreise Sangerhausen und Eckartsberga macht bekannt, daß er in allen das Arbeitsverhältnis in gewerblichen — nicht in landwirtschaftlichen — Betrieben berührenden und in gewerbetechnischen Fragen jeden Donnerstag in den Stunden von 9 bis 1 Uhr vormittags und 3 bis 7 Uhr nachmittags in seinem Amtszimmer zu sprechen ist, für Arbeitnehmer auch Sonntags vormittags außerhalb der Zeit des öffentlichen Gottesdienstes, sofern deren Besuch vorher angemeldet wird. Das Amtszimmer befindet sich in Sangerhausen, Moakstraße 16, part.

Bitterfeld. Influenza-Epidemie. Die Influenza, jetzt „spanische Krankheit" genannt, hat auch in unserer Stadt Einkehr gehalten. Eine größere Anzahl Personen sind erkrankt.

— Markenverfall. Sonnabend abend verliert die Nr. 11 des Lebensmittelscheines ihre Gültigkeit.

— Kaffee-Ersatz. Vom Montag früh an kann auf Nr. 15 des Lebensmittelscheines ½ Pfund Kaffee-Ersatz entnommen werden.

— Ausgabe von Haferflocken. Sonnabend früh von 9 bis 10 Uhr findet in der alten Brauerei die Ausgabe von Haferflocken in Paketen an die Geschäftsleute statt.

— Infolge der Kartoffelknappheit weist der Magistrat nochmals darauf hin, daß in nachstehenden Geschäften Dörrkohlrüben, das Pfund zu 1,60 Mk., im freien Verkauf zu haben sind: Röbel, Ulrich, Wetzig, Konsumverein, Oehlert, Dittrich, Nießner und Baumbach.

Holzweißig. Die Apotheke hat der Apotheker Licht aus Stendal gekauft. Uebernahme am 1. August.

Delitzsch. Auslandsmarmelade. Bei Walter Seidel, C. Münzer, Theodor Spiegler, Richard Werner, Konsumverein, Albin Reichel, Ludwig Dietze, Hugo Wehle, Otto Simon, G. F. Wittig, Franz Naumann und M. Rosboden kommt vom Montag, den 8. Juli, an Auslandsmarmelade, das Pfund zu 2 Mk., in der Weise zum Verkauf, daß bei einer Kopfmenge von etwa 2 Pfund, an eine Haushaltung höchstens bis zu 10 Pfund abgegeben wird. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Die in den Verkaufsstellen noch vorhandenen Reste von der letzten Marmelade zu 92 Pf. das Pfund können dabei mit verkauft werden. (Aber doch nicht zu 2 Mk.?)

— Ausschußsitzung der Ortskrankenkasse am Sonntag, den 21. Juli, 1 Uhr, im Lindenhof.

Eilenburg. Aus dem Stadtparlament. Zuerst wurde ein Beschluß herbeigeführt, daß das Kollegium schon beschlußfähig ist, wenn mehr als ⅓ (bisher die Hälfte) seiner Vertreter anwesend sind. Bei den vorliegenden Pachtsachen wurde bemängelt, daß bei dieser Geländeaufteilung zu Kleingärten — es handelt sich um den großen Kibitz, einem Plan dem Kasernengrundstück gegenüber — nicht die Durchführung eines öffentlichen Promenadenweges berücksichtigt worden sei. Eine Eingabe von 10 namentlich aufgeführten Magistratsbeamten, ihnen, gleich den von auswärts neuengagierten städt. Angestellten, ihre früheren Dienstjahre auf das pensionsberechtigte Dienstalter anzurechnen, wobei es sich um einen finanziellen Effekt von insgesamt 2500 Mark handelt, wurde nach längerer Aussprache von der Versammlung befürwortet. Hierauf wurde die Beschickung des in Halle stattfindenden Städtetages für Sachsen und Anhalt vorgenommen, für die der Vorsteher seine eigene Person widerspruchslos in Vorschlag brachte. Seine vorläufigen Ausführungen zu einem dort zu haltenden Referat des Magdeburger Bürgermeisters — Aufstieg der Begabten — ließen jedoch seine Eignung zu dieser Vertretung recht fragwürdig erscheinen. — Durch eine weitere Magistratsvorlage wird eine abermalige Erhöhung des Gaspreises um 5 Pf für das Kubikmeter gefordert. Begründet wird diese Maßnahme mit dem andauernd rapiden Steigen der gesamten Betriebskosten, namentlich der Kohlenpreise, die von 11 Mk. für die Tonne im Jahre 1913 auf gegenwärtig 36 Mark gestiegen sind. Zudem ist aber durch die Minderwertigkeit der Kohle das Vergasungsergebnis von 30 Prozent auf 22 Prozent zurückgegangen. Der Selbstkostenpreis für das Kubikmeter Gas beträgt jetzt schon 19,5 Pf. und durfte bald auf 21 bis 22 Pf. steigen. Daher könne auch der Anregung aus der Versammlung nicht stattgegeben werden, vorerst eine Erhöhung um 3 Pf. für das Kubikmeter eintreten zu lassen; ebenso sei eine Schonung der Automatengasabnehmer nicht zu befürworten, da gerade diese Anlagen enorme Kosten verursachen und jetzt ohnehin nach Möglichkeit eingeschränkt werden sollen, so bedauerlich dies angesichts der noch geringeren Petroleumzuteilung im kommenden Winter für die minderbemittelten Einwohnerkreise auch sein möge! Nach längerer Aussprache, in der gefordert wurde, daß bei voller Wahrung des kaufmännischen Gesichtspunktes die soziale Bestimmung dieses werbenden städt. Instituts nicht ganz außer Acht gelassen wird, wurde die Erhöhung des Gaspreises um 5 Pf. pro Kubikmeter gegen drei Stimmen beschlossen. Die Preise betragen nunmehr 25 Pf für Uhren- und 33 Pf. für Automatengas, und sollen damit immer noch niedriger sein, als in vielen Städten der Größe und der Nachbarschaft Eilenburgs. — Der Bericht der Kriegsnotdeputation ergab, daß bis zum 23. Juni über 1½ Millionen Mark verausgabt worden sind; abzüglich der von Staat und Reich gewährten Rückvergütungen in Höhe von annähernd 700 000 Mk., wovon die letzten Monatsraten noch ausstehen, betrugen die Nettoaufwendungen 860 000 Mk., so daß von den für diese Zwecke aufgenommenen Anleihen in Höhe von 900 000 Mk nur noch rund 40 000 Mk. zur Verfügung stehen. Es steht deshalb die Bewilligung eines weiteren Kredits von 300 000 Mk. zur Beratung, der nur „kurzfristig" und mit 4 Proz verzinsbar durch die städt. Sparkasse vermittelt werden soll. Anschließend an diesen Bericht entspann sich eine lebhafte Aussprache über die durchaus unzulänglichen Ernährungsverhältnisse, unter denen unsere Stadt jetzt mehr als andere Städte zu leiden habe! Der Nahrungsmittelersatz für die ausgegangenen Kartoffeln an Teigwaren, Trockengemüse, Graupen und anderen Körnernährmitteln sei nicht in der in Aussicht gestellten Menge zur Verteilung gekommen. Ebenso sei das Bedürfnis an Brotaufstrich ganz unzureichend befriedigt worden. Durch den schematischen Verteilungsmodus, der den unterschiedlichen Verhältnissen zwischen Stadt und Land viel zu wenig Rechnung trage, herrsche an solchen Lebensmitteln bei vielen ländlichen Krämern großer Ueberfluß, den sich einzelne findige Städter zunutze machen. Mit Bedauern war aus der Debatte zu entnehmen, daß die örtliche Preisprüfungsstelle ihre doch sicher nicht ganz fruchtlose Tätigkeit eingestellt hat. — Auch die Wohnungsnot wurde einer kritischen Erörterung unterzogen und gewünscht, daß angesichts der bedrohlichen Zustände auf diesem Gebiete doch endlich einmal greifbare Resultate aus den Erwägungen und Verhandlungen hervorgehen möchten. Vom Magistrat wurden die mißlichen Verhältnisse zugegeben, ohne daß aber baldige durchgreifende Maßnahmen in Aussicht gestellt werden konnten.

Mühlberg. Meldung zur Pflichtfeuerwehr. Der Magistrat macht bekannt, daß sich bis 16. d. M. alle männlichen Personen im Alter von 17 bis 60 Jahren, die der Pflichtfeuerwehr noch nicht angehören, im Geschäftszimmer zwecks Einreihung in die Wehr zu melden haben. Wer sich vor Strafe schützen will, versäume die Meldung nicht. Ferner werden die Angehörigen von Mitgliedern der Pflichtfeuerwehr, die zum Heeresdienst eingezogen sind, ersucht, die Armbinden der Eingezogenen sofort, spätestens aber bis 10. d. M., im Geschäftszimmer abzugeben.

Allerlei.

Die Grippe. Leipzig, 5. Juli. Die Erkrankungen an Grippe nehmen weiter zu. Bisher wurden bei den hiesigen Krankenkassen rund 1100 Erkrankungsfälle gemeldet; ernste Fälle kamen nicht vor.

Aus Magdeburg wird gemeldet: Nach den Mitteilungen der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse wurden vor dem Auftreten der „spanischen Krankheit" täglich durchschnittlich 65 Krankmeldungen vollzogen, jetzt melden sich jedoch täglich 200 Kranke, die als arbeitsunfähig in Frage kommen. Besonders stark heimgesucht werden die Arbeiterinnen in den Rüstungsbetrieben, in denen die Krankmeldungen immer dutzendweise erfolgen. Auch die Schuljugend ist von der neuen Krankheit stark heimgesucht worden. In manchen Klassen haben sich die Reihen sehr stark gelichtet. Soweit bis jetzt bekannt ist, sind Todesfälle noch nicht zu verzeichnen.

Ueber den Stand der spanischen Krankheit in Spanien selbst erfährt die Voss. Ztg. von der spanischen Botschaft in Berlin, daß dort neue Fälle in der letzten Zeit nur an wenigen Stellen aufgetreten sind, so daß die Epidemie dort dem Erlöschen nahe ist.

Explosion eines Munitionslagers. Bern, 5. Juli. Progrès de Lyon meldet, daß in Grenoble am 20. Juni abends infolge Sprengung in einem Schießbedarflager alle Lagerschuppen in der Umgebung des Zeughauses aufgeflogen seien.

Die Explosion scheint außerordentlich ernst gewesen zu sein. Noch am 30. 6., also 24 Stunden nach der ersten Explosion, brannten die Baracken am Artillerieschießplatz. Erst spät abends war die Gefahr beseitigt. Die Pulverdepots wurden überschwemmt.

Der richtige Gedankengang. In der Generalversammlung der österreichischen Kreditanstalt erstattete Direktor Neurath den Geschäftsbericht: „Dank den unvergleichlichen Heldentaten unserer und der Armeen unserer treuen Verbündeten . . . vom Feinde befreit . . . der russische Koloß ist zusammengebrochen . . . Riesenmassen Rußlands . . . vor den Toren Krakaus und in den Karpathen . . . so werden wir erst klar . . . welche unbegrenzten Dank wir der Tapferkeit unserer Helden schulden . . . Wirtschaftsleben . . . Effektenbörse . . . Aufnahmsfähigkeit . . . Konsortialgeschäfte . . . befriedigendes Ergebnis . . . Erhöhung des Gesellschaftskapitals von 170 auf 200 Millionen Kronen . . . Dividende von 39 Kronen . . ." Allseitiger lebhafter Beifall.

Brand einer Flugzeugfabrik. Odessa, 3. Juli. In der hiesigen Flugzeugfabrik ist gestern ein Brand ausgebrochen, dem viele Flugzeuge zum Opfer gefallen sind.

Briefkasten der Redaktion.

J. P. in G. Wenn der Hauswirt die Mieterhöhung am 1. April ankündigte, kann er den höheren Betrag erst für die ab 1. Juli folgende Zeit verlangen.

Vergessen Sie nicht,

alle Abfälle zusammenzusuchen und mir zum Verkauf anzuliefern, denn nach wie vor bleibt meine Firma für Sie die beste.

1200 Ich zahle:

Altpapierabfälle . . . . Kilo	18 Pf.	Bücher, Zeitungen . . Kilo	28 Pf.
Akten . . . . Kilo	30 Pf.	Lumpen . . . . . . Kilo	20–40 Pf.
Knochen . . . . Kilo	15 Pf.	Wolle . . . . Kilo	160 Pf.
Neutuch . . . . Kilo	120 Pf.	Sackzeug . . . . Kilo	10 Pfg.

Ferner: Eisen, weißes Glas, Felle zc. zu höchsten Preisen.

Bei Anlieferung von 100 Kilo eine Preiszulage.

Domplatz 9. Telephon 5659. **W. Theuring,** Domplatz 9. Telephon 5659.

Lasse sofort kostenlos abholen.

Keine Wanze mehr für Mk. 2.—

nur mit Kammerjäger Bergs **Nicodaal I. u. II.** zu erzielen.
Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.
Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden. Ges. gesch. Doppelpackung M. 2.—, ausreich. f. 1–3 Zimmer u. Betten. Zu haben bei **Karl Kuhnt,** Grosse Ulrichstr. 51. — Bei Einsendung von M. 2.40, oder Postscheckkonto Berlin 31 286, portofreie Zusendg. nach auswärts durch Gen.-Vertr. **Hermann A. Groesel, Berlin SW. 11,** Königgrätzerstrasse 49. *638

Auskunft umsonst bei **Schwerhörigkeit**
Ohrgeräusch, nerv. Ohrschmerz
über unsere tausendfach bewährten, patentamtl. geschützten **Hörtrommeln.** Bequem u. unsichtbar zu trag. Aerztl. empfohl. nat. Größe
Glänzende Anerkennungen. *636
Sanis Versand München 203 b.

Für unser Werk **Würgendorf,**
Bahnstrecke Köln-Giessen,
werden zum **sofortigen Eintritt**
200 Mädchen über 18 Jahre
und
200 kräftige Arbeiter
gesucht. *639
Sprengstoff-Fabriken Hoppecke Akt.-Ges.,
Würgendorf, Kreis Siegen.

Ansichtspostkarten-Versand. *633
100 Liebesserien-Postkarten 5.00.
50 echte Kunst-Postkarten . 7.50.
50 Frauenschönheit.-Postkart. 4.00.
100 Soldat. u. Militär-Postk. 4.00.
100 ff. sort. Muster-Postkarten 3.50.
100 Feldpostbriefe 2.75.
Verl.-Ges. **Silesia, Breslau K.**

Mir oder Mich? *637
Vorzügl. Lehrbuch d. deutschen Sprache 2. Rechnen 3. Schönschreiben 4. Rundschrift 5. Stenographie Stolze-Schrey 6. Maschinenschreiben 7. Buchführung (einf., dopp. u. amerik.) 8. D. Rechtsanw. i. Hause 9. Briefsteller 10. Rechtschreiblehre 11. Fremdwörterbuch 12. Geographie 13. Gut Englisch 14. Gut Französisch 15 D. gute Ton 16. Kochbuch. 16 vorzügl. Lehrbücher, zus. M. 21. Einzeln M. 1,40 Nachn. **L. Schwarz & Co.,** Berlin 14. Wir liefern auch jedes andere Buch

Hautjucken *635
beseitigt in einigen Tagen Hautcreme **„Radical".** Auskunft Sproedt, Berlin N. 31/198, Usedomst. 9.

Arbeitsmarkt

Zimmerleute
*631 für hiesige Arbeiten stellt ein
Karl Schulze, Cecilienstraße 7.

Dreher, Former, Maschinenschlosser Modelltischler *614
sucht
Balduin Bechstein
Maschinenfabrik und Eisengiesserei.
Altenburg S./A.

Werkzeugschlosser, Schnitt- u. Stanzenbauer
möglichst ältere Jahrgänge, für meine Werkzeugfabrik mit ausschließlich dringendsten Heereslieferungen beschäftigt, nach Dringlichkeitsklasse I, sofort gesucht.
*608 Schriftliche oder persönliche Meldungen bei
Gossweiler Werkzeug-Fertigmacherei Schwarzenberg i. Schl.

1136 Alle Sorten
Felle, Häute, Tierhaare und Wolle
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Danglowitz,
Fischerplan 2. Tel. 1178.

Wir **suchen** für unseren Betrieb
ungelernte Arbeiter und Platz-Arbeiter, auch Arbeiterinnen in größerer Zahl, ferner
Dreher, Schlosser, Lokomotivführer, Rangierer, Heizer, Rottenführer und Rottenarbeiter.
Arbeiterannahmestelle Pulverfabrik Premnitz,
Rathenow, Bahnhofstraße 22. *596

Tüchtige
Eisenhobler, Schlosser und Dreher
stellt ein
Paul Schreck,
Huttenstr. 5 n. *627

Brauereiarbeiter
sofort gesucht.
Schwemme-Brauerei. 1196

Erfahrene
Eisendreher, Eisenhobler und Maschin.-Schlosser
für dringenden Heeresbedarf stellen ein 1115
Lange & Gellen,
Maschinenfabrik, Raffineriest. 43.

Mehrere Arbeiter für Eisenbau
werden **gesucht** für Montag in **Gasanstalt I.** 1192
Zu melden bei **Stange.**

Violin-, Mandolin-, Klavier- u. Gitarre-Unterricht erteilt
1186 **August May,** Torstr. 40.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180706-17/fragment/page=0007

Papier!

1201 Wir zahlen nach wie vor:

Altpapierabfälle	Kilo 18 Pf.	Bücher, Zeitungen	Kilo 28 Pf.
Akten	Kilo 30 Pf.	Lumpen	Kilo 20–40 Pf.
Knochen	Kilo 15 Pf.	Wolle	Kilo 160 Pf.
Neutuch	Kilo 120 Pf.	Sackzeug	Kilo 10 Pfg.

Ferner: Eisen, weißes Glas, Felle ꝛc. zu höchsten Preisen.
Bei Anlieferung von 100 Kilo eine Preiszulage.

nur Gr. Brunnenstr. 60/61. Triftstrasse 24. **Theuring & Ackermann,** nur Gr. Brunnenstr. 60/61. Triftstrasse 24.

(3 Minuten von der Reilstraße.)

Der erste 1000ste Bringer in unseren neuen Räumen erhält ein Herrenfahrrad (Preis 300 Mk.) gratis.
Lassen sofort kostenlos abholen.

Hamsterfelle, Maulwurfsfelle ꝛc.
kaufen *216
Gebr. Danglowitz, Fellhandlung, Fischerplan 2.

Möbel
ganze Schlafzimmer, einzelne Möbel, besonders Sofas, Kleiderschränke, Vertikos, Bettstellen mit Matratzen.
Jetzt sehr grosse Auswahl.
Auf Wunsch Ratenzahlungen.
1190 **N. Fuchs,**
Möbel-Ausstattungs-Geschäft,
Halle, Grosse Ulrichstrasse 58, I., II., III. Et.

Amtliche Bekanntmachungen.

Auf Grund der Bundesrats-Verordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf von **losen Suppen** wie folgt geregelt:

Der Verkauf beginnt am Montag, den 8. Juli 1918. Für jede Person eines Haushaltes kann ¼ Pfund Suppenmehl, das Pfund zu 88 Pfg., oder 3 Suppenwürfel, das Stück zu 10 Pfg., abgegeben werden.

„Zur Zubereitung einer guten Suppe nimmt man auf ein Liter Wasser etwa 80 Gramm Suppenmasse. Mit einem Teil des Wassers wird die Masse zu dünnem Brei angerührt, das übrige Wasser zum Kochen gebracht und der Brei hineingegossen. Nach dem Wiederaufwallen koche man die Suppe bei kleinem Feuer 20–25 Minuten, größere Mengen entsprechend länger. Die Suppe gewinnt, wenn man sie nach dem Kochen 10–15 Minuten an heißer Stelle — ohne Feuer — ziehen läßt.

Da die Suppen alle erforderlichen Zutaten bereits enthalten, darf Salz nicht mehr hineingefügt werden. Dagegen empfiehlt sich die Beigabe von Kartoffeln, Mohrrüben oder anderem Gemüse."

Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern das Suppenmehl einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die neuen Kundenlisten eingetragen sind.

Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marke 202 des Warenbezugscheines XVI zu erfolgen. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken abzutrennen und zu Hunderten gebündelt, im Stadt-Ernährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links) binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen.

Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. September und 4. November 1915.

Halle, den 6. Juli 1918. **Der Magistrat.**

Verbrauchsmenge an Schlachtviehfleisch und Wurst 250 g.

Die Verbrauchsmenge an Schlachtviehfleisch und Wurst, die in der Woche vom 8. bis 14. Juli 1918 bei den Fleischern auf Grund der Reichsfleischkarte entnommen werden darf, wird auf

250 Gramm

festgesetzt. Von den für diese Woche geltenden Fleischmarken können die gesamten Abschnitte zum Bezuge von Schlachtviehfleisch oder Wurst bei den Fleischern oder zur Entnahme von Fleischgerichten aus Schlachtviehfleisch in den Gast-, Schank- und Speisewirtschaften usw. verwendet werden. Grundsätzlich dürfen bei der Vollkarte nur auf 8, bei der Kinderkarte nur auf 4 Fleischmarken je 25 Gramm Schlachtviehfleisch bei den Fleischern entnommen werden, während die übrigen (2 bzw. 1) Fleischmarken lediglich zum Bezuge von Wurst berechtigen.

Halle, den 5. Juli 1918. **Der Magistrat.**

Verkauf von Mager- oder Buttermilch.

Am Montag, den 8. Juli cr., von nachmittags 4 Uhr ab, erfolgt der Verkauf von Mager- oder Buttermilch auf den Abschnitt 9 des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse an folgenden Stellen: Milchhändler Ende, Delitzscherstraße 10, Milchhändler Schenkling, Forsterstraße 38 und in den Verkaufsstellen der Niemberger Molkerei, Beesenerstr. 1 und Lindenstr. 52. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der neuen Lebensmittelscheine mit den Nummern 26 001 — 37 000.

Eine spätere Belieferung der aufgerufenen Nummern findet von jetzt ab nicht mehr statt. Die zum Einkauf nicht benutzten Abschnitte des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse haben ihre Gültigkeit verloren.

Für jedes Kind vom vollendeten 6. bis 12. Lebensjahre wird ½ Liter Mager- oder Buttermilch auf den Abschnitt 9 des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse zum Preise von 12 Pfennigen abgegeben.

Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, 6. Juli 1918. **Der Magistrat.**

Ansichtspostkarten empfiehlt die Volksbuchhandlung

Verkauf von Kartoffeln.

Am Sonntag, den 7. Juli 1918, vormittags von 7–12 Uhr erfolgt der Verkauf von Kartoffeln in der Talamtschule an die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 24 000 — 31 000.

Für jede Person des Haushalts werden 3 Pfund Kartoffeln abgegeben. Der Preis für das Pfund alter Kartoffeln beträgt 8½ Pfg., für das Pfund neuer Kartoffeln 15 Pfg. Die Abgabe erfolgt auf den Abschnitt 13 der Kartoffelkarte. Der Lebensmittelschein und die Ausweiskarte über Kartoffeleinkäufe sind vorzulegen.

Halle, den 6. Juli 1918. **Der Magistrat.**

Verkauf von Kartoffeln.

Am Montag, den 8. ds. Mts., erfolgt der Verkauf von Kartoffeln in der Talamtschule an die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 31 001 — 46 000 in folgender Ordnung: Vormittags von 8 — 12 Uhr an die Haushaltungen mit den Nummern 31 001 — 39000, nachmittags von 2—6 Uhr an die Haushaltungen mit den Nummern 39 001 — 46 000.

Für jede Person des Haushaltes werden 3 Pfund Kartoffeln abgegeben. Der Preis für das Pfund alter Kartoffeln beträgt 8½ Pfennig, für das Pfund neuer Kartoffeln 15 Pf. Die Abgabe erfolgt auf den Abschnitt 13 der Kartoffelkarte. Der Lebensmittelschein und die Ausweiskarte über Kartoffeleinkäufe sind vorzulegen.

Halle, den 6. Juli 1918. **Der Magistrat.**

Ausgabe von Kartoffelkarten.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 28. Juli 1917 wird für den Stadtbezirk Halle folgendes angeordnet:

§ 1. Vom Montag, den 8., bis Sonnabend, den 13. Juli 1918 werden in den städtischen Markenausgabestellen zugleich mit den Brotmarken gegen Vorlage des neuen Lebensmittelscheines **Kartoffelkarten** mit den Nummern 1 — 16 ausgegeben. Die in § 2 näher bezeichneten Personen und Haushaltungen sind zur Empfangnahme nicht berechtigt. Diese neuen Kartoffelkarten berechtigen vom Montag, den 15. Juli, ab zum Einkauf. Haushaltungen, die inzwischen einen Wohnungswechsel vorgenommen haben, holen die Kartoffelkarten in der Markenausgabestelle ab, in deren Gebiet sie vor dem 1. April gewohnt haben. Die neue Wohnung ist dort bei Empfangnahme der Kartoffelkarten zu melden.

§ 2. Es erhält jede Person eines Haushaltes eine Kartoffelkarte, maßgebend ist hierbei die Eintragung im Lebensmittelschein; jedoch dürfen Kartoffelkarten nicht bezogen werden: 1. Für Kinder bis zum vollendeten 1. Lebensjahre. Hinsichtlich des Alters ist die Eintragung im Lebensmittelschein entscheidend. 2. Für Selbstversorger, welche Land mit Frühkartoffeln bestellt haben. Diesen Haushaltungen werden die Kartoffelkarten nach Verbrauch ihrer eigenen Ernte im Stadt-Ernährungsamt, 1 Treppe, Saal links — Kartoffel-Kartothek — ausgehändigt. Ob und in welchem Umfange den Selbstversorgern und ihren Haushaltsangehörigen die geernteten Kartoffeln auf ihre Verbrauchsquote angerechnet werden, wird später bekannt gemacht werden.

§ 3. Selbsterzeuger, welche eine Meldung über den Anbau von Kartoffeln noch nicht erstattet haben, sind verpflichtet, diese umgehend im Städternährungsamt, Markt 22, 1 Treppe, Saal links — Kartoffel-Kartothek — nachzuholen und hierbei wahrheitsgemäße Angaben über die Größe des bepflanzten Landes und die Menge der gesteckten Saatkartoffeln zu machen.

§ 4. Die Verordnung vom 15. März 1918 § 3, die Wiederverwendung der weißen Zwischenkarten mit den Buchstaben H — X wird aufgehoben. Die Abschnitte dieser Karten berechtigen somit nicht zum Einkauf und werden hiermit für ungültig erklärt.

§ 5. Wer widerrechtlich Kartoffeln in Anspruch nimmt und die geforderte Meldung nicht erstattet oder unvollständige, beziehungsweise falsche Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Halle, den 4. Juli 1918. **Der Magistrat.**

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, die Teigwaren (Nudeln) bei dem Fabrikanten Keil, Bernhardystraße 20, abzuholen.

Die Abgabe erfolgt an die Kleinhädler mit den Buchstaben: A—F am Montag, 8. Juli, G—K am Dienstag, 9. Juli, L—R am Mittwoch, 10. Juli, S—Z am Donnerstag, 11. Juli 1918. Die Kleinhändler sind verpflichtet, bei der Abgabe den Bestand an Waren und die Anzahl der von ihnen mit Teigwaren zu versorgenden Personen anzugeben.

Halle, den 5. Juli 1918. **Der Magistrat.**

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, am Montag den 8., und Dienstag, den 9. Juli 1918 bei den von ihnen gewählten Großfirmen die in dieser Woche zum Verkauf gelangende **Marmelade** abzuholen.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 5. Juli 1918. **Der Magistrat.**

Die Provinzialstelle für Gemüse und Obst hat vom 1. Juli ab folgende Erzeuger- und Großhandels-Höchstpreise für **Sauerkirschen** festgesetzt. Demgemäß werden die Kleinhandels-Höchstpreise wie folgt für das Pfund berechnet:

	Erzeugerpr.	Großhandelspr.	Kleinhandelspr.
a) Für große Sauerkirschen (sog. 1. Wahl)	60 Pfg.	75 Pfg.	1.00 Mk.
b) Für saure Preß- u. Marmeladenkirschen	35 Pfg.	40 Pfg.	0.55 Mk.

Halle, den 5. Juli 1918. **Der Magistrat.**

Jeder Band 1,50 Mark
Das Land der Zukunft. Reisebeschreibung v. Holitscher
Verschrobenes Volk. Erzählungen von R. Gräfe
Der Prinzipienreiter. Erzählung von Wilhelm Blos
Der Pariser Garten und Anderes. Von Minna Kautsky
Mutter. Ein Frauenschicksal von Joh. Ferch
Der Morgen graut. Erzählungen von M. Andersen-Nexö
Die Marketenderin. Erzählung aus der Zeit der Revolutionskriege von Erckmann-Chatrian
Kriegsfahrten in Belgien und Nordfrankreich. Von Dr. A. Koester, und O. Noske :: Mit 8 Bildern und 1 Karte
Kriegsberichte aus Ostpreußen und Rußland. Von Wilh. Düwell, Kriegsberichterstatter :: Mit 8 Bildern und 1 Karte
Herzen im Kriege. Schilderungen u. Geschichten. Ausgewählt v. Fr. Diederich. 2 Bände, jeder i. sich abgeschlossen
Als Zwischendecksteward nach Südamerika. Erzählung von Heinrich Neuenhagen

Jeder Band 2,– Mark
Der Ausweg. Eine Erzählung von Ern. Preczang
In den Tod getrieben. Zwei Erzähl. v. E. Preczang
1000 Mark Belohnung. Kriminalrom. von H. Hvan
Die Heiterei. Eine lustige Erzählung von Otto Ludwig
Vom Waisenhaus zur Fabrik. Geschichte einer Proletarierjugend von Viktor
Erweckt. Ein Roman aus dem Proletarierleben von K. Ger
Der Gotteslästerer. Roman aus dem Leben der evangelischen Waldarbeiter von K. Ger
Verbrechergeschichten I. Mit einer Einleitung von Franz Diederich

Volksbuchhandlung Halle, Harz 42/44

Fahrräder, Nähmaschinen, Schreibmaschinen, Grammaphone,
Photographische Apparate
und Pfandscheine,
auch Werte von 100, 500 u. 1000 ℳ, kauft zu hohen Preisen 1195
H. Schindler, Uhrmacher,
Kleine Ulrichstrasse 35.

Packpapier
empfiehlt *634
J. Zoebisch Große Steinstraße 82.

Guterhaltene Möbel, Fahrrad mit Freilauf, Chaiselongue verkauft 1162
E. Dippold, Gr. Gosenstr. 12, prt.

Künstliche
Zähne
Behandlung kranker Zähne.
Schmerzloses Zahnziehen soweit möglich.
Hall. Zahn-Heil-Anstalt
(vormals Britannia).
Gr. Ulrichstrasse 11, II.
Fernruf 3865. 1185

Schulbücher aller Art
empfiehlt die
Volksbuchhandlung,
Halle (Saale), Harz 42/44.

Möbel
sind in grosser Auswahl vorrätig. Wir haben komplette Schlafzimmer-, Küchen-, auch ganze Wohnungs-Einrichtungen, ferner einzelne Bettstellen mit Patentrahmen und dreiteiligen Auflege-Matratz., Federbetten, Spiegel, Trumeaus, Sofa-Umbauten, Schreibtische, Sessel etc.
Auf Wunsch Teilzahlung.
Eichmann & Co.
Größtes Waren- u. Möbel-Kredithaus,
Gr. Ulrichstr. 51, Eingang Schulstraße.

Restposten
beschädigter
Emaille-Waren.

Schmortöpfe	Durchschläge	Kasserolle
Waschschüsseln	Kaffeetrichter	Kaffeekannen
Ringtöpfe	Bratpfannen	Wasserkessel

bringe ich billigst zum Verkauf. F
Reilstraße 1. **SOBEL,** Steinweg 45.
Ammendorf, Bahnhofstraße 3.

Ermittelung der Wechselräder bei: Gang-Millimeter und Modulgewinden
ohne zu rechnen,
für Drehbänke mit Leitspindel von 2, 3 u. 4 Gang auf 1" engl
Preis 1 Mark. Porto nach auswärts 5 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Halle a. d. S., Harz 42/44.

Neue vollständige 1206
Schlafzimmer-Einrichtungen
für 1250 Mk.
Vertikos 155, Kleiderschränke 155 Mk.
Steg- u. Ausziehtische, Spiegel mit Schränkchen, Schreibtische, Kommoden
verkauft billig
Geiststr. 25. **Friedrich Pelleke** Geiststr. 25.

Rechtskenntnis ist der beste Rechtsschutz.

Das Eherecht (Verlöbnis, Eheschließung, Ehenichtigkeit und Wirkungen der Ehe)	1.00 M.
Das Ehescheidungsrecht	1.00 „
Gesetzliches Erbrecht	1.00 „
Das Mietsrecht	1.00 „
Verwandtschaftsrecht	1.00 „
Vormundschaftsrecht	1.00 „
Das Recht der Testamente und Erbverträge	1.00 „
Schenkung, Leihe, Bürgschaft, Darlehn	1.00 „
Strafprozeß	1.00 „
Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit	0.50 „
Auftrag und Verwahrungsvertrag	0.50 „
Bundesrat und Reichstag	0.50 „

Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Halle, Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180706-17/fragment/page=0008